

Rezensionen

Wendy Harcourt: *Body Politics in Development. Critical Debates in Gender and Development*. London: Zed Books 2009, 226 Seiten

Ziel des Buches ist, „zu illustrieren, wie Körperpolitiken die weiteren sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklungsdiskurse beeinflussen“ (10). Denn im Laufe ihrer jahrelangen Tätigkeit im Bereich von Gender und Entwicklungspolitik habe sie erlebt, berichtet die Autorin, wie „Bilder der Körper von Frauen rassistische Stereotypen genährt haben, nach denen Frauen in Entwicklungsländern aus Armut und vorurteilsbeladenen Kulturen gerettet werden müssen“ (4). Die Stimmen der betroffenen Frauen selbst blieben dabei außen vor. Konkrete körperliche Erfahrungen von Schmerz und Freude, Sexualität, Gesundheit und Krankheit erschienen als „Randthemen“ der „großen“ entwicklungspolitischen Fragen von Handel, Wirtschaft und Finanzen. Diese Lücke in der entwicklungspolitischen Gender-Diskussion will Wendy Harcourt mit ihrem Buch füllen. Dabei greift sie auf ihre umfangreichen Erfahrungen aus 20 Jahren Aktivismus zurück. Die gebürtige Australierin arbeitet in Rom für die *Society for International Development* und ist Redakteurin der Zeitschrift *Development*. Als Überblicks- und Einführungswerk deckt die Publikation ein breites Spektrum an Themen ab: Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte, Ökonomisierung von Pflege und Erziehung, geschlechtsspezifische Gewalt, Biopolitik, Sexualität, Sexualpolitik und Rassismus.

Im ersten Kapitel skizziert Harcourt zum einen die zentralen Ansätze der feministischen Theorie, zum anderen die Debatte um Gender in der Entwicklungspolitik. Die Kategorie Körper habe in den letzten zwei Jahrzehnten eine prominente Stellung innerhalb der feministischen Ansätze erreicht, stellt sie fest. Hier verweist sie für die theoretische Praxis auf die Arbeiten von Judith Butler, Gayatri Spivak, Chandra Mohanty und Donna Haraway. Hinsichtlich der politischen Praxis berichtet sie von den UN-Konferenzen der 1990er Jahre, in deren Kontext sich die Diskussion um Gender in der Entwicklungspolitik auf internationaler Ebene entwickelt habe.

Die folgenden Kapitel sind zentralen Themenkomplexen aus dem Arbeitsbereich der Autorin gewidmet. Ausgehend von der Agenda der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 diskutiert Harcourt zunächst bevölkerungspolitische Themen aus feministischer Sicht, insbesondere Fragen von reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten. Im Anschluss daran untersucht sie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen neoliberaler ökonomischer Globalisierung. Die Privatisierung von Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherung gehe zu Lasten der Frauen, wobei diese Lasten weltweit ungleich verteilt werden. Migrantische Haus- und Pflegearbeit – die „global care chain“ – sei eine typische Folge dieser Prozesse.

Im Rahmen der Diskussion über geschlechtsspezifische Gewalt sowie über Sexualität und Sexualpolitik schlägt die Autorin einen Bogen von der Geschichte Sarah Baartmanns bis zur gegenwärtigen Debatte um Sexarbeit

und Frauenhandel. Sarah Baartmann (ca. 1789-1815), eine Sklavin aus der Nähe von Kapstadt, wurde im frühen 19. Jahrhundert unter der Bezeichnung „Hottentotten-Venus“ als „Rarität“ in London und Paris vorgeführt. Nach ihrem Tod wurden eine bemalter Gipsabdruck ihres Leichnams sowie ihr Skelett noch bis 1974 im Pariser *Musée de l'Homme* ausgestellt. Kennzeichen sowohl der Geschichte Baartmanns als auch des Frauenhandels-Diskurses („Trafficking“) seien, so die Autorin, die Projektion des exotischen „Anderen“ auf den weiblichen Körper sowie die Konstruktion von Frauen als passive Opfer.

Abschließend skizziert Harcourt unter der Überschrift „Techno-Bodies“, ausgehend von Donna Haraways kritisch-feministischer Analyse von „technoscience“ – technokratischer „Lösungen“ politischer und ethischer Probleme – die feministische Kritik an der Genforschung. Im Zentrum stehen dabei einerseits biomedizinische Aspekte wie künstliche Befruchtung und pränatale Diagnostik, andererseits agrarpolitische Fragen wie die „Grüne Revolution“ und Biopiraterie.

Der Autorin ist ein umfassender und kritischer Literaturbericht zu praktisch allen Facetten von Gender und Entwicklung gelungen, illustriert mit zahlreichen Anekdoten und persönlichen Erfahrungen. Dabei hinterfragt sie kritisch ihre eigene gesellschaftliche Position als weiße Mittelschichts-Akademikerin, die über die Erfahrungen und Körper anderer Frauen schreibt. Das Buch ist konkret und praxisnah gehalten und richtet sich (auch) an LeserInnen, denen die entwicklungspolitische Gender-Diskussion neu ist. Jedem Kapitel ist eine Seite „Körperpolitiken in Zahlen“

vorangestellt, die über verschiedene statistische Daten Auskunft gibt: etwa, dass in Russland stündlich eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt stirbt, dass ein Drittel der rund 55.000 Prostituierten in Kambodscha jünger ist als 18 Jahre oder dass in den USA 30 Prozent der Frauen und Mädchen schwanger werden, bevor sie das 20. Lebensjahr erreichen.

Theoretische Ausführungen zur Kategorie Körper bietet das Buch dagegen nicht. Harcourts Anspruch ist es nicht, die bestehenden theoretischen Lücken hinsichtlich des Körpers in der entwicklungspolitisch-feministischen Literatur zu füllen. Die Darstellung ist weitgehend der zweigeschlechtlichen Konzeption von „Frauen“ und „Männern“ verhaftet. Damit bleibt sie hinter dem theoretischen Anspruch jener Ansätze zurück, die sie im ersten Kapitel skizziert hatte. Viel Raum gibt sie demgegenüber der Schilderung von Aktionen und Kampagnen für Geschlechtergerechtigkeit, gegen Diskriminierung und Gewalt. Ihrem eigenen beruflichen Hintergrund entsprechend liegt der Fokus dabei auf internationalen Organisationen sowie global agierenden NGOs und Frauen-Netzwerken. Als politisch-praktisch orientierter Überblick über die aktuellen Debatten zu Gender und Entwicklung erweist sich das Buch deshalb als hervorragend geeignet.

Bettina Engels

Christa Wichterich: *Gleich, gleicher, ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung*. Sulzbach im Taunus: Ulrike Helmer 2009, 240 Seiten

Das Buch besteht aus einer Sammlung von Analysen, Essays und Reportagen

zu Situationen und Politiken von und für Geschlechtergleichstellung in den letzten 30 Jahren, dem Zeitalter, das mit dem Begriff Globalisierung gekennzeichnet wird. Es ist in drei Kapitel unterteilt: Das erste bringt eine Übersicht zur Globalisierung von Frauenrechten. Darin stellt die Autorin die Erfolge der internationalen Frauenbewegung und die wichtige Rolle der Vereinten Nationen für die Universalisierung der Frauenrechte dar, zeigt aber auch die Paradoxien des Erfolges durch die Integrationsbestrebungen von Frauenrechten in Institutionen der globalen und nationalen *Governance* auf. Denn die Entwicklung habe zu einer Technokratisierung von Gleichstellungsanliegen und dadurch zu einem Bedeutungsverlust geführt, sodass sich die Machtverhältnisse und strukturellen Asymmetrien zwischen Frauen und Männern nicht wirksam veränderten.

Im Anschluss daran beschreibt das umfangreiche zweite Kapitel die Formen und Probleme der globalen Markintegration von Frauen und Männern. Dabei bedient sich Christa Wichterich der Analysen der feministischen Ökonomie, die auf die Segmentierung und Geschlechtersegregation des Arbeitsmarktes, auf die unbezahlte oder unterbezahlte transnationale Sorgearbeit und die Feminisierung von Arbeit verweist. Sie stellt die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO), der UNCTAD, der Weltbank und der EU in der Handelsliberalisierung gut dar; allerdings fehlt eine Kritik der *Economic Partnership Agreements* (EPA), die die EU mit den AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) nach dem Scheitern der WTO-Verhandlungen gegen bedeutenden Widerstand aushandeln möchte. Die Autorin

untersucht ferner die Diskriminierung von Frauen in Deutschland und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Armut nicht ein alleiniges Problem von Entwicklungsländern, sondern weltweit den gleichen neoliberalen Prozessen unterworfen ist. Besonders spannend ist ihre Untersuchung der Geschlechterungleichheit im chinesischen Kapitalismus. Hier greift Wichterich auf eigene Recherchen zurück und zeigt die Widersprüche zwischen Emanzipationsgewinn und immenser ökonomischer Ausbeutung der Frauen auf. Zugleich wird eine neue Diskriminierung, nämlich aufgrund des Alters, sichtbar. Überaus wichtig ist ihre scharfsinnige Analyse des *Hypes* der Mikrokredite, die als Allheilmittel gegen Armut propagiert werden, aber diesen Anspruch nur selektiv und um den Preis der Feminisierung von Schulden, Überlastung von Frauen und Marginalisierung von Männern einlösen können.

Sowie einst nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa sind die Frauen des Südens die Trümmerfrauen zur Beseitigung des 'Schuttes', den die strukturellen Ungleichheiten zwischen Nord und Süd, zwischen sozialen Klassen in den Ländern selbst und nach Kriegen geschaffen haben. Hier erscheint der große Widerspruch zwischen *Empowerment*, ob individuell oder kollektiv, und Geschlechtergleichstellung: *Empowerment* von Frauen funktioniert auch ohne Machtverlust von Männern und muss nicht zu einer Änderung der Geschlechterbeziehungen führen. Aus den Paradoxien zieht Wichterich den Schluss, dass Frauen sowie Frauenrechte leicht instrumentalisiert werden können: Das Projekt der neoliberalen, kapitalistischen Globalisierung braucht Frauen und deren billige Arbeitskraft;

größere Selbstbestimmung von Frauen (weg aus der patriarchalen Kontrolle der Familie ohne eigenes Einkommen und hinein in die Fabrik mit deren ausbeuterischen Kontrollsystem für ein kleines Einkommen oder in die Migration nach Europa, Nordamerika, Japan oder die globalen urbanen Zentren) widerspricht dieser Instrumentalisierung nicht.

Im dritten Kapitel zeigt die Autorin Perspektiven auf, die nach den vorangegangenen, deprimierenden Analysen und Beispielen Mut machen sollen: Beispiele von Frauennetzwerken (z.B. *Via Campesina*, *Clean Clothes Campaign*) zeigen, dass benachteiligte Frauen sich nicht nur um die eigene Besserstellung kümmern, sondern um eine Neuorientierung und Demokratisierung von Produktionsformen, von Handelsbeziehungen, für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Frauen als „soziale Airbags“ werden auch die Auswirkungen der multiplen Krise (Finanz-, Wirtschafts-, Klima-, Nahrungsmittelkrise) auf das Überleben abfedern und bewältigen, sie haben das immer schon getan. Aber dank der Globalisierung tun sie es zunehmend kollektiv, international vernetzt und unterschiedlich. Wichterich weist darauf hin, dass es sich bei Lebens- und Überlebenskämpfen um Machtkämpfe mit den zentralen Herausforderungen der Um- und Neuverteilung von Ressourcen und Entscheidungsmacht handelt. Sie plädiert für eine Repolitisierung des Feminismus weg von den individuellen Karriereversprechen des *Empowerment* hin zur Umgestaltung von Ökonomie und Sozialbeziehungen. Die Hoffnung des gegenwärtigen Feminismus liegt also in einer gut vernetzten, internationalen Frauenbewegung, die versucht, den Staat zum Handeln zu zwingen

und eigene basisdemokratische Wirtschaftsmodelle der Solidarökonomie zu entwickeln.

Gleichwohl fehlen in diesem Zusammenhang Hinweise, wie die Entwicklungsbürokratie den Herausforderungen der Widersprüche der Geschlechtergleichstellung begegnen sollte. Aus der Kritik am *Gender Mainstreaming*, am *Logframe* als allzu simplem Planungsmodell und an den Mikrokrediten entwickelt Wichterich keine Handlungsperspektiven für eine Umgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit. Dies ist bedauerlich, da gerade die neuen Möglichkeiten der Pariser Deklaration der OECD zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe (2005) Fenster öffneten, Geschlechtergleichstellung in den Mittelpunkt von Entwicklungsbemühungen zu stellen. So bleibt entsprechend der Affiliation der Autorin zum feministischen Netzwerk WIDE der Blick auf die Kritik der Frauengruppen und der Nichtregierungsorganisationen am neoliberalen Wirtschaftsmodell und die Alternativen begrenzt, die diese erarbeitet haben.

Das Buch ist zügig und ansprechend geschrieben und bringt durch die sprachliche Kreativität komplizierte Sachverhalte auf den Punkt. Die Zwischenüberschriften dienen nicht nur dazu, den Text hilfreich zu gliedern, sondern weisen oft auch auf die Spannungsfelder der Paradoxien hin: „Konfrontation – Solidarisierung“; „Höhepunkt – Gegenwind“; „Marktvertrag – Sozialvertrag“; „Cash – Care“. Andere stellen provokante Resümeees dar: „Handel ist nicht geschlechtsneutral“; „Das Geschäft mit der Sicherheit“; „cool, sexy, neoliberal“.

Als Basislektüre für StudentInnen der Entwicklungssoziologie und -ökonomie

ist das Buch mit seiner detail- und kenntnisreichen Übersicht zur geschlechtsgebundenen Globalisierung und der kritischen Diskussion von *Empowerment*, *Citizenship*, Sorgearbeit, Solidarökonomie sehr empfehlenswert, mehr noch für Mitglieder von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die durch ihre Förderpolitik Einfluss auf die Gestaltung von „Entwicklung“ nehmen. Um sich leichter über die vielen Themen und Organisationen orientieren zu können, wäre allerdings ein Subjektindex hilfreich gewesen.

Brigitte M. Holzner

Chima Korie & Philomina Okeke-Ihejirika (Hg.): *Gendering Global Transformations. Gender, Culture, Race and Identity*. London: Routledge 2009, 290 Seiten

Die komplexen Interdependenzen zwischen *Gender* und Globalisierungsprozessen motivieren WissenschaftlerInnen, ganz unterschiedliche Akzente zu setzen. Während zahlreiche Studien sich den ökonomischen Dimensionen widmen oder vielfältige Migrationsprozesse analysieren, konzentriert sich dieser Sammelband auf geschlechtsspezifische Identitätszuschreibungen. Sowohl die Herausgeberinnen als auch die meisten Autorinnen sind Afro-Amerikanerinnen oder in den USA ausgebildete Nigerianerinnen, die nun in verschiedenen Ländern tätig sind. 2004 gründeten sie eine transatlantische Forschergruppe und 2006 organisierten sie in Owerri, Nigeria, eine internationale Konferenz zu *Gendering Transformations*, aus der diese Publikation hervorging.

Die seit vielen Jahren festzustellende Tendenz, dass insbesondere

nigerianische Literaturwissenschaftlerinnen sich mit ihrer Identität und dem Rassismus in den USA befassen und diese Perspektiven mit Frauen- und *Gender*-Forschungen verbinden, setzt sich in diesem Buch fort. Zwar merken die Herausgeberinnen an, dass sie *Gender* als analytisches Konzept schätzen, ihre Studien konzentrieren sich dennoch auf Frauen. Dieser Fokussierung liegt das Ideal verbindender Interessen von Frauen in Afrika und afrikanischen Wissenschaftlerinnen in den USA oder in Kanada zugrunde.

Das Buch umfasst insgesamt fünfzehn Beiträge, die in fünf Kapitel unterteilt sind und weite Bögen spannen. Schwerpunkte sind lokale Widerstandsstrategien, Wahrnehmungen und Positionszuschreibungen, Leben in der Diaspora, d.h. in einem fremden Land – in diesem Fall in den USA oder in Kanada –, gesellschaftliche Veränderungen in politischen Umbruchsituationen und Identitätsstiftung durch Spiritualität.

Exemplarisch illustrieren folgende Beiträge die Bandbreite der Studien: Die an der State University of New York tätige Politikwissenschaftlerin *Eudora Chikwendu* zeichnet die politische Biographie der kenianischen Umweltaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai nach. Sie weist auf deren Prägung durch die internationale Frauenrechtsbewegung hin und arbeitet ihre Kritik an der korrupten Regierung Daniel Arap Mois heraus. Zudem benennt die Autorin die großen Herausforderungen, welche die Umweltpolitikerin unter der Regierung von Mwai Kibaki bewältigen musste.

Faye Harrison, Direktorin des African American Studies Program der University of Florida in Gainesville,

fordert klare Positionsbestimmungen afro-amerikanischer Wissenschaftlerinnen. Auch afrikanische Forscherinnen, die in der Diaspora lehren, sollten sich mit transnationalen und lokalen Bewegungen solidarisch erklären, die sich für Frauenrechte und gesellschaftliche Transformationen einsetzen. Forschungen über soziale Bewegungen könnten die enge Ausrichtung auf nationale Probleme überwinden und neue Vernetzungsstrategien aufzeigen. Harrison bezeichnet sich selbst als Aktivistin und betont, ihr gehe es darum, feministischen Positionen in der Identitäts- und Erinnerungspolitik mehr Geltung zu verschaffen. Deshalb fordert sie eine neue Verbindung zwischen dem Widerstand gegen Rassismus in den Südstaaten der USA und der Frauen- und Menschenrechtspolitik in Ländern des globalen Südens.

Ergebnisse ihrer mehrjährigen Studie über afrikanische Immigrantinnen in Kanada stellt *Philomina Okeke-Ihejirika* vor. Die an der Universität in Edmonton tätige Professorin für Gender-Forschungen hat über 870 Fragebögen ausgewertet, mit denen sie das Konzept von Heimat untersucht. Sie berücksichtigt einzelne Migrationswellen und differenziert zwischen unterschiedlichen Migrationsmotiven. So arbeitet sie die Problemlage der häufig gut ausgebildeten Frauen heraus, die aus politischen Gründen fliehen mussten. Auch die Schwierigkeiten ungebildeter Immigrantinnen, von denen viele ihren Ehemännern gefolgt sind, kommen zur Sprache. Auf diesen lastet der Druck, ihre Verwandten im jeweiligen Herkunftsland, das sie nach wie vor als Heimat auffassen, zu unterstützen. Andere entziehen sich den

hohen Erwartungen, die an Rückkehrerinnen gestellt werden, indem sie nun Kanada als ihre Heimat bezeichnen.

Frauen in politischen Konflikten interessieren *Aisha Fofana Ibrahim*, die in den USA Anglistik studiert hat und seit einigen Jahren an der Universität in Freetown, Sierra Leone, arbeitet. Sie führte 20 Interviews mit Frauen, die den dortigen Bürgerkrieg erlebt hatten. Ihr Blick richtet sich zurück auf subversives Alltagshandeln der Landbewohnerinnen und auf Handlungsspielräume von Frauen in den Guerillaeinheiten. Die Autorin erklärt auch unterschiedliche Bewältigungsstrategien in der Nachkriegszeit: Während manche Frauen über ihre Kriegserlebnisse schwiegen, um Stigmatisierungen zu vermeiden, sagten andere vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission aus; sie wollten die Brutalität der Täter anprangern. In jeder Hinsicht seien die Frauen als Akteurinnen aufgetreten, denn auch das Schweigen sei eine Form des Widerstands gegen eine Re-Viktimisierung, so das Fazit der Autorin.

Widerstand gegen soziale Ausgrenzung sowie die Bewältigung ökonomischer Probleme und persönlicher Lebenskrisen sind Themen, die *Kelly Hayes* untersucht. Am Beispiel der afro-brasilianischen Gemeinde in Rio de Janeiro erklärt die Religionswissenschaftlerin die Bedeutung der weiblichen *Pomba-Gira*-Geister. Sie ordnet diese Geistervorstellungen in die lokale Sozialgeschichte ein und analysiert in ihrer differenzierten Studie die Relevanz von *gender*-, *race*- und *class*-Differenzen in diesem Kontext. Mit den Geisterkulten reagieren Afro-Brasilianerinnen auf ihre Exklusionserfahrungen und schaffen

sich so autonome religiös-rituelle Handlungsspielräume.

Insgesamt bietet das Buch facettenreiche Einblicke in aktuelle Forschungen und Standortbestimmungen der Autorinnen. Es vermittelt einen Eindruck vom transatlantischen Wissenschaftsdialog; wünschenswert für zukünftige Untersuchungen wäre es, weitere Länder einzubeziehen.

Rita Schäfer

Monica Mookherjee: *Women's Rights as Multicultural Claims: Reconfiguring Gender and Diversity in Political Philosophy* Edinburgh: Edinburgh University Press 2009, 224 Seiten

Können liberale Demokratien das Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung von Frauen einerseits und von Minderheitenrechten bzw. der Wertpluralität andererseits auflösen? Das ist eine zentrale Frage der feministischen Multikulturalismus-Debatte, die mit dem viel zitierten, erstmals 1997 im Boston Review veröffentlichten Artikel von Susan Moller Okin „Ist Multikulturalismus schlecht für Frauen?“ begann. Dieser Beitrag hat den Weg für die Polarisierung zwischen liberalen UniversalistInnen auf der einen Seite und MultikulturalistInnen auf der anderen bereitet. Monica Mookherjee wirft in der hier zu besprechenden Studie zunächst einen kritischen Blick auf die universalistische wie auf die multikulturalistische Literatur. Dabei argumentiert sie gegen vage, widersprüchliche und schwache Aspekte auf beiden Seiten und schlägt ihrerseits ein theoretisches Konzept vor, in dem sowohl Universalität als auch die Anerkennung kultureller

Besonderheiten im Interesse von Frauen aufgehoben sind.

Eine große Stärke des Buches sind die anschaulichen Fallstudien, die die theoretischen Erläuterungen verdeutlichen. Beispiele sind für Indien die Sati-Praxis, d.h. die Witwenverbrennungen, sowie die geschlechtsspezifische Diskriminierung im muslimischen Scheidungsrecht, für Südasien die Zwangsverheiratungen und für Frankreich die Kontroverse um die Verschleierung. Allerdings ist die Auswahl der Fälle nicht ausreichend begründet.

Für Mookherjee steht die Theorie der Rechte in der Tradition eines liberalen Verständnisses. Sie schlägt nun ihrerseits eine feministische und multikulturelle Theorie vor. Sorgfältig diskutiert sie die liberalen Aspekte des Universalismus, insbesondere die zentralen Argumente von Okin, lehnt sie jedoch mit einigen überzeugenden Gründen ab. Mit Bezug auf den „transformativen Multikulturalismus“ von Ayelet Shachar sieht sie Potenziale für einen interaktiven Dialog zwischen Minderheiten und dem Staat. Dieses bezeichnet sie als „Recht auf Mediation“, das dazu dient, sowohl den Wertsystemen von Minderheiten als auch dem Schutzinteresse und den zivilbürgerlichen Interessen von Frauen gerecht zu werden. Ergänzend zu dieser Anerkennung kultureller Besonderheiten, schlägt sie ein universelles Konzept der Autonomie vor, das sie „plurale Autonomie“ nennt. Auf diesem baut sie ihr später im Buch entwickeltes Bildungskonzept auf. Sie behauptet, plurale Autonomie beinhalte „einen kritischen Blick auf Ungerechtigkeiten, die in allen gesellschaftlichen Gruppierungen auftreten“ (88). Dieser Blick wird ihrer Auffassung nach durch eine Form der

Bildung gewährleistet, die junge Frauen ermutigt, eine Fähigkeit zur Autonomie zu entwickeln, um die Rechte der Gruppe zur Selbstbestimmung zu verteidigen und um in ihren Gruppen an demokratischen Konsultationen teilzunehmen (61). Die Berücksichtigung von religiöser und kultureller Vielfalt in der Bildung bringt Mookherjee dazu, das alte Bildungssystem anzugreifen.

Die vorgeschlagene Mediationsstrategie betrachtet allerdings nicht sorgfältig genug die tatsächlichen Dynamiken in einigen Minderheitenbevölkerungen und wird nicht immer ausreichend empirisch untermauert. Deshalb bleibt es eine Prognose oder eine optimistische Erwartung, dass Frauen in ihren Gemeinden irgendwann die Macht als Ergebnis einer Reform der bestehenden Bildungssysteme gewinnen werden. Damit ist auch eine wichtige Frage nicht zu beantworten: Wie genau können Frauen in ihren Gemeinden, in denen sie seit langem patriarchale gesellschaftliche und religiöse Unterordnung erfahren, die Macht gewinnen?

Mookherjee geht auch nicht explizit auf die oft vorzufindende „Superdiversität“ von Gesellschaften ein. Deshalb könnte es schwierig sein, alle kulturellen Perspektiven in den Lehrplan zu integrieren, wenn sie eine Erziehung und Bildung vorschlägt, die die Jugendlichen zu einem selbstkritischen Blick auf ihre kulturellen Konventionen ermuntert. Eine solche pädagogische Praxis soll durch die Schaffung von Diskussions-Plattformen umgesetzt werden, auf denen verschiedene ethische Standpunkte repräsentiert sind. Nur bleibt die Frage unklar, wie ein solcher Lehrplan einer allgemeinbildenden Schule aussehen kann, der die

SchülerInnen auf eine Diskussion der Glaubenssysteme einschließlich „religiöser und philosophischer Quellen und der geschichtlichen Entwicklung“ (112) vorbereitet. Dies liegt daran, dass die normativen Implikationen der religiösen und kulturellen Aspekte zu flüchtig erörtert werden, und ihr Verhältnis zu innengemeinschaftlichen Strukturen unterbelichtet bleibt.

Daher kann der Ansatz nicht vollständig überzeugen. Mookherjee präsentiert zwar starke Argumente für eine radikale Neubewertung der Theorie der Rechte sowie eine kritische Aufarbeitung der Feminismus- bzw. der Multikulturalismus-Debatte, aber sie kommt zu keinem tieferen Verständnis der Frage, wie die Mediationsstrategie und eine Bildungsreform zu einer völligen Veränderung in der Struktur der Minderheitengesellschaften führen können, in denen ethnische Traditionen als ein Zeichen ihrer kulturellen Identität angesehen werden. Außerdem untersucht Mookherjee nicht die außerschulische – sowohl inner als auch außerhäusliche – Bildung, die ebenfalls ein zentraler Teil der kindlichen Entwicklung ist. Insofern bleibt das Buch im Hinblick auf die vorgeschlagenen langfristigen Lösungen unbefriedigend. Leider werden kurz und mittelfristige Lösungen nicht berührt.

Senem Ertan

Mona Hanafi El Siofi: *Der Westen – ein Sodom und Gomorrah? Westliche Frauen und Männer im Fokus ägyptischer Musliminnen*. Sulzbach/Taunus: Ulrike Helmer 2009, 212 Seiten

Das Bild muslimischer Frauen in Ägypten, wie es in den Diskursen

westlicher Medien gezeichnet wird, speist sich aus einer Vielzahl von Projektionen und ambivalenten Bildern. Diese Bilder sind vielfach dekonstruiert und hinterfragt worden (vgl. Pinn & Wehner 1995). Umso interessanter ist, dass Mona Hanafi El Siofi jetzt den Blick in die andere Richtung gewagt hat. Sie hat junge Mittelschichts- und Oberschichtsfrauen in Kairo über ihr Bild von den Geschlechterbeziehungen im Westen befragt. Das Ergebnis ist eine empirische Studie, die mit zahlreichen, ausführlichen Zitaten viel über Selbstbilder und Fremdbilder dieser Frauen erzählt. Während noch in den 1970er Jahren Miniröcke in der Öffentlichkeit normal waren, sind die Frauen heute mit einem totalen Wandel des öffentlichen Raums konfrontiert. Sie erkaufen ihre Teilhabe an Lohnarbeit und Studium mit dem Kopftuch als Symbol für die Aufrechterhaltung traditioneller Werte (42f). Mädchen tragen das Kopftuch zusammen mit modischer, eng geschnittener oder bauchfreier Kleidung (46). So schafft die Religion für ägyptische Frauen einerseits eine Identität und Abgrenzung gegenüber dem Westen (62), gleichzeitig gibt es viele nicht nur religiöse Gründe für das Kopftuch: Die Frauen „bedienen damit auf der einen Seite, je nachdem nur sehr oberflächlich und in widersprüchlicher Gestalt, heutige sozial moralische Standards des weiblichen Äußeren, auf der anderen Seite eröffnen sie mit dem Kopftuch innerhalb des patriarchalischen Systems einen bequemen Zugang zu außerhäuslichen Aktivitäten“ (48). Die meisten Frauen bevorzugen so „die islamistischen Mainstream-Diskurse ihrer Heimatländer (...), weil es für sie letztendlich vorteilhafter ist. Jedoch tun sie das nicht kritiklos oder ohne

für sich Rechte einzufordern und das teilweise sogar unter Bezugnahme auf den Westen“ (62). Sie erkennen sehr wohl die größere Offenheit und Selbstständigkeit im Westen an. Tabus könnten hier besser angesprochen werden (89), während Frauen in Ägypten für vorheheliche Beziehungen „Urfiehn“ (100) eingingen und vor der Heirat das Hymen operativ wiederherstellen ließen. Aber zugleich denken die Befragten, westliche Frauen seien allein karriereorientiert und vernachlässigten die Familie. Insgesamt ergibt sich ein ambivalentes Bild vom Westen mit partnerschaftlichen Beziehungen, weniger Kontrolle, aber einer mangelnden Intensität der sozialen Beziehungen und der Familie (170). Der Islam ist in den Augen der befragten Frauen nicht die Ursache von Frauenfeindlichkeit. Vielmehr beziehen sie sich auf den Islam in Abgrenzung zum Westen (140), auch bei der Suche nach feministischen Strategien. Obwohl ein säkularer Feminismus eine lange Tradition in Ägypten hat, wird er als westlich angesehen und aus diesem Grund von den meisten abgelehnt (149).

El Siofi gibt einen differenzierten Einblick in Denken und Handeln junger, gebildeter, ägyptischer Frauen und ihren Blick auf den Westen. Sie fasst die einzelnen Kapitel jeweils zusammen und belegt vieles mit ausführlichen Zitaten der Befragten. Wenig weiterführend und sehr knapp ist demgegenüber ihre theoretische Verortung. So bleibt das Buch ein wertvolles empirisches Dokument, das zur Diskussion anregt.

Heide Mertens

Literatur

- Pinn, Irmgard, & Marlies Wehner (1995): *Europhantasien. Die islamische Frau aus westlicher Sicht*. Duisburg.

Aili Marie Tripp, Isabel Casimiro, Joy Kwesiga & Alice Mungwa:
*African Women's Movements –
 Changing Political Landscapes.*
 Cambridge: Cambridge University
 Press 2009, 263 Seiten

Grundlegende Fragen zur politischen Gestaltungskraft von Frauenorganisationen stehen im Mittelpunkt dieses außergewöhnlichen Buches. Im Unterschied zu Sammelbänden, die von europäischen oder US-amerikanischen HerausgeberInnen konzipiert werden und an denen gelegentlich afrikanische AutorInnen mitwirken, ist diese Publikation in Teamarbeit entstanden. Daran beteiligten sich folgende Wissenschaftlerinnen: *Joy Kwesiga* ist Experte für Frauenbildung in Uganda. Seit Jahren setzt sie sich dafür ein, die rechtliche Situation von Frauen zu verbessern, und erforscht gemeinsam mit der US-amerikanischen Politologin *Aili Marie Tripp* die Entwicklung ugandischer Frauenorganisationen. Tripp hat sich auf die politische Partizipation von Frauen in Uganda spezialisiert. *Isabel Casimiro* war einige Jahre Mitglied des mosambikanischen Parlaments und forscht nun als Koordinatorin am Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung der Universität in Maputo über Frauenorganisationen des Landes. Als politische Beraterin für die Afrikanische Union (AU) ist derzeit *Alice Mungwa* tätig. Sie wirkt im Auftrag der UN an AU-Beobachtermissionen in Krisengebieten mit. Zuvor arbeitete sie in kamerunischen Frauenorganisationen.

Trotz ihrer unterschiedlichen regionalen Expertise betrachten die Autorinnen ihre Schwerpunktländer vor allem als Fallbeispiele, um grundlegende

Strukturen und Entwicklungen aufzuzeigen. Ihre in insgesamt neun Kapitel unterteilte Analyse zieht zeitliche Längsschnitte von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart. Dabei beachten die Verfasserinnen aber auch zeitliche Zäsuren, indem sie beispielsweise den Umbruch zwischen Kolonialherrschaft und politischer Unabhängigkeit im zweiten Kapitel ausführlich behandeln. Sie legen dar, wie frauenpolitische Forderungen von unterschiedlichen nationalistischen Bewegungen diskutiert wurden und welche Vereinnahmungstendenzen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zeigten. Ferner erörtern sie in diesem Kapitel die problematische Phase der Einparteienherrschaft, die viele Länder während der 1970er und 1980er Jahre prägte.

Das dritte Kapitel widmet sich der Frage, inwieweit die in den 1990er Jahren begonnene Demokratisierung Frauenorganisationen neue Handlungsspielräume eröffnet hat. Ausgehend von den Impulsen, die bereits die Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 afrikanischen Frauenorganisationen gab, unterstreichen die Autorinnen die Bedeutung, die internationalen Abkommen zur Geschlechtergleichheit für die politische Lobbyarbeit auf nationaler Ebene zukommt. Potenziale und Grenzen unabhängiger Frauenorganisationen, die sich in den 1990er Jahren vielerorts bildeten, analysiert das vierte Kapitel: Einerseits setzten diese Gruppierungen gesellschaftliche Transformationsprozesse in Gang, andererseits waren sie finanziell von internationalen Geberorganisationen abhängig.

Im fünften Kapitel werden die Rechtsreformen erläutert, die Frauenorganisationen im letzten Jahrzehnt

einforderten. Der Expertise engagierter Juristinnen und der beharrlichen rechtspolitischen Lobbyarbeit sind Reformen des Ehe-, Erb- und Unterhaltsrechts in zahlreichen Ländern des Kontinents zu verdanken. Auch neue Gewaltschutzgesetze und aktive Mitwirkung an Verfassungsreformen zählen zu den Erfolgen der Rechtsaktivistinnen. Im Zentrum des sechsten und siebten Kapitels stehen Regierungen, Parteien und staatliche Institutionen. Die Autorinnen fragen danach, inwieweit Gremien, die für *Gender-Mainstreaming*-Prozesse zuständig sind, zur Verwirklichung frauenpolitischer Interessen beitragen. Das achte Kapitel stellt Frauenorganisationen vor, die an Friedensprozessen mitwirken. Schließlich zeigt das neunte auf, wie afrikanische Frauenzusammenschlüsse heute miteinander und international vernetzt sind.

Der rote Faden des Buches ist die Würdigung der vielfältigen Impulse, die Frauenorganisationen im Lauf der letzten achtzig Jahre in unterschiedlichen politischen Kontexten gaben. Umso bemerkenswerter ist die Ignoranz zahlreicher politikwissenschaftlicher Studien gegenüber dieser Arbeit. Noch immer herrscht das Bild vor, politische Entscheidungen würden ausschließlich von Männern getroffen. Zu derartigen Verzerrungen tragen nicht nur afrikanische Politiker, sondern auch die Schwäche derjenigen staatlichen Institutionen bei, deren Aufgabe die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit wäre. Häufig erfüllen die Parlamentarierinnen nicht die Erwartungen autonomer Frauenorganisationen. Das liegt zum einen daran, dass sie in Parteien eingebunden sind, zum anderen an der Tatsache, dass sie – oft durch Quotenvorgaben an ihre

Posten gelangt – nur in seltenen Fällen frauenpolitische Interessen verfolgen.

Folglich ist die steigende Repräsentanz von Frauen in afrikanischen Parlamenten keine Garantie dafür, dass die hart erkämpften neuen Ehe- und Erbrechte durch gezielte Programme in der Praxis umgesetzt werden. Gewalt gegen Frauen, männliche Dominanzansprüche im privaten und im öffentlichen Leben und die Ignoranz politischer MachthaberInnen sind Strukturprobleme, die der Verwirklichung von Rechtsreformen entgegenstehen. Diesen Herausforderungen müssen sich die Frauenorganisationen weiterhin stellen. Dabei können sie den Autorinnen zufolge jedoch auf einer soliden Basis aufbauen.

Wünschenswert wäre es gewesen, wenn die Verfasserinnen deutlicher herausgearbeitet hätten, welche Faktoren die Handlungsfähigkeit der Frauenorganisationen begrenzen. Dazu zählen die chronische Finanznot, HIV/AIDS, Anfeindungen durch politische EntscheidungsträgerInnen und neuerdings fundamentalistische Tendenzen, z.B. durch fanatische Pfingstkirchen. Trotz dieser Kritik ist das gut lesbare Buch ein Beispiel dafür, wie erkenntnisreich Kooperationsprojekte zwischen Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Herkunft sein können.

Rita Schäfer

Leah Briones: *Empowering Migrant Women. Why Agency and Rights are not Enough*. Farnham: Ashgate 2009, 231 Seiten

Die Forschung zu Migrantinnen ist nach Auffassung der Verfasserin defizitär und von folgenden Verkürzungen gekennzeichnet: Handlungsorientierten

Autorinnen gilt die Migrantin als eine, die aktiv den Migrationsprozess zur Emanzipation nutzt, jedoch blenden sie oft deren materielle Ausbeutung aus. Strukturtheoretische Ansätze hingegen sehen die Migrantin als Opfer der Verhältnisse und viktimisieren sie so. Leah Briones beabsichtigt eine Brücke zwischen diesen Polen zu schlagen, indem sie die Handlungsfähigkeit von Migrantinnen am Beispiel von in Privathaushalten arbeitenden Filipinas in Paris und Hong Kong mit Hilfe von Anthony Giddens' Strukturierungstheorie sowie dem *Capability*-Ansatz von Amartya Sen und Martha Nussbaum theoretisiert. Sie betont die Verknüpfung von Struktur und Handlung und schlägt einen „Capable Agent“-Ansatz vor. Ihr zentrales Argument lautet: Es reicht nicht aus, dass eine Migrantin formal über Rechte verfügt; sie muss sie auch realisieren können. Die Relevanz dieser an sich banalen Überlegung wird deutlich in dem oft zu beobachtenden Konflikt zwischen Rechten und materiellem Auskommen. Viele Haushaltsarbeiterinnen ertragen schlechte Arbeitsbedingungen und die Verletzung ihrer Rechte, um ihren Job nicht zu verlieren, damit sie weiter Geld an ihre Familienangehörigen in den Philippinen schicken können. Diesem Zusammenhang zwischen Rechten und materiellem Auskommen geht Briones in ihrer empirischen Studie sehr anschaulich nach. Auch ihre Kritik an den beiden Polen lässt sich zunächst einleuchtend und trifft einige Verkürzungen, allerdings tendiert die Autorin zu einer Vereinfachung der kritisierten Positionen und widerspricht sich zum Teil selber. So hebt sie zunächst hervor, dass viele strukturalistisch argumentierende Autorinnen auch die

Handlungsperspektive berücksichtigen. Anschließend jedoch verwirft sie diese Konzepte insgesamt als strukturdeterministisch. Diese Vorgehensweise ist nicht sehr überzeugend, um die eigene theoretische Position – die so neu auch nicht ist – rhetorisch zu stärken.

Das Buch stellt ferner einen Beitrag zum *Capability*-Ansatz dar, der bislang wenig Eingang in die feministische Migrationsforschung gefunden hat. Briones' begriffliche Ausführungen sind stellenweise allerdings etwas langatmig, und ihre Relevanz für die jeweils folgenden empirischen Teile wird nicht immer deutlich.

Das zweite Anliegen der Autorin ist für die aktuelle Diskussion um den globalen Haushaltsarbeitsmarkt und Arbeitsmigrationsregime hoch spannend: Sie versucht die Funktionsweise des Sektors migrantischer Haushaltsarbeit zu erklären und schlägt dafür das Konzept der „Filipina Overseas Domestic Work“-Institution (*FODW Institution*) vor. Briones bezieht sich zentral auf Jon Goss und Bruce Lindquist, die 1995 in der *International Migration Review* das Konzept der „migration institution“ vorgeschlagen haben, um mit Bezug auf Giddens' Strukturierungstheorie die verschiedenen relevanten Akteure und Strukturen zusammenzubringen und zu erklären, wie Emigration auf den Philippinen organisiert ist und wie potenzielle MigrantInnen zu tatsächlichen MigrantInnen werden. Briones konkretisiert deren Überlegungen nun für den Bereich der Haushaltsarbeit. Ist es sinnvoll, von einer *FODW*-Institution zu sprechen? Dafür spricht, dass Filipinas den globalen Idealtypus der migrantischen Haushaltsarbeiterin verkörpern. In sehr vielen asiatischen,

arabischen, europäischen und nord-amerikanischen Staaten arbeiten sie in Privathaushalten. Der philippinische Staat hat schon früh erkannt, dass sie im Ausland einen guten Ruf genießen und zuverlässig Rücküberweisungen tätigen. Wie stark das Phänomen der Haushaltsarbeiterin auf „die Filipina“ konzentriert, zeigt sich auch, wenn Kinder „Filipina“ und „Haushaltsarbeiterin/Nanny“ synonym setzen. Einzuwenden ist jedoch zweierlei: Erstens wird durch die Bezeichnung „Filipina Overseas Domestic Worker“ das Phänomen nationalisiert bzw. ein nationales Monopol behauptet, obgleich diese Form der Migration sehr viele Staaten betrifft. Beispielsweise migrieren indonesische oder singalesische Frauen innerhalb Asiens, in die Golfstaaten oder nach Europa oder Frauen von Ost- nach Westeuropa. In diesem Zusammenhang fehlt dem Buch eine Auseinandersetzung mit der Thematik der Kooperation und Konkurrenz von Frauen verschiedener nationaler Herkunft. Teil der FODW-Institution ist nämlich auch, dass Filipinas oft ein höheres Ansehen genießen als andere Migrantinnen, also die ethnische Hierarchisierung und Arbeitsteilung (à la „Filipinas können besonders gut mit Kindern umgehen“) in die Institution eingeschrieben ist.

Der zweite Einwand bezieht sich auf den hohen Konkretionsgrad der Bezeichnung als Institution der philippinischen im Ausland arbeitenden Haushaltsarbeiterinnen. Sinnvoller wäre mir erschienen, den Sektor der Haushaltsarbeit zwar zum Ausgangspunkt zu nehmen, aber dann in Richtung einer Institution der „temporären Arbeitsmigration“ zu verallgemeinern. Die aktuelle Arbeitsmigrationspolitik deutet nämlich

in die Richtung einer Neuauflage von Programmen in deren Rahmen Vertrags- oder „Gast-“ArbeiterInnen bei Bedarf „angefordert“ werden können. Hier wirken die Herkunfts- und Zielstaaten, Rekrutierungsagenturen, die MigrantInnen selber, ArbeitgeberInnen usw. mit ihren je eigenen Interessen zusammen. In diesem Sinne sollte das Buch nicht nur bezogen auf den Hausarbeitssektor, sondern als Beitrag zur aktuellen Diskussion um Arbeitsmigration im Allgemeinen gelesen werden.

Ein dritter Einwand ist methodischer Natur und bezieht sich auf die empirische Grundlage, auf der Briones ihre These einer globalen Institution „FODW“ entfaltet. So vergleicht die Autorin Hong Kong und Paris nicht systematisch, sondern stellt einige Parallelitäten fest und leitet daraus die Existenz einer *globalen* Institution ab. Ein genauerer Vergleich wäre allerdings interessant gewesen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die beispielsweise aus dem Arbeitsmigrationsregime herrühren können, besser herauszuarbeiten. So wird die Anstellung von Haushaltsarbeiterinnen in Hong Kong weitestgehend über legale temporäre Vertragsarbeit organisiert, während es sich in Paris häufig um irreguläre Beschäftigung bzw. um durch Eheschließungen zustande gekommene, abhängige Aufenthaltsformen handelt. Für diese Metropole wäre auch interessant gewesen, ob (sich legal dort aufhaltende) Filipinas im Rahmen des französischen Haushaltschecksystems, das für andere Staaten als Vorbild gilt, arbeiten und wie sie dies empfinden. Zu fragen wäre ferner, ob es tatsächlich vor Ausbeutung schützt.

Die Vielfalt der Arbeitsverhältnisse kommt in dem Buch leider nur

unzureichend zum Ausdruck. Dies könnte der kurzen Feldforschungsphase, die jeweils einen Monat in Hong Kong und Paris umfasste, und dem Zugang zum Feld geschuldet sein. So besteht das Sample aus Paris zu einem Großteil aus Filipinas, die von der NGO *Comité Contre L'Esclavage Moderne* aus ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen „befreit“ wurden. Die Bandbreite von Arbeitsverhältnissen wird somit zumindest für Frankreich nicht abgebildet. Dies hat zur Folge, dass Briones zwar bei der Analyse des Forschungsstandes eine Viktimisierung kritisiert, dann aber durch ihr Sample genau diese Tendenz bestärkt, weil von Frauenhandel Betroffene überrepräsentiert sind.

Trotz dieser Einwände ist die Studie ein wichtiger Beitrag zur Diskussion um Gender und Migration, in der die Theoretisierung von Handlungsfähigkeit, Rechten und den die Migration prägenden Migrationspolitiken häufig zu kurz kommt.

Helen Schwenken

Birgit Englert & Elizabeth Daley (Hg.): *Women's Land Rights and Privatisation in Eastern Africa*. Oxford: James Currey 2009, 179 Seiten

In etlichen afrikanischen Ländern ist die fortschreitende Privatisierung von Land ein eskalierendes Problem. Das betrifft keineswegs nur den Verkauf großer Landflächen an multinationale Konzerne und Investoren aus China, Indien oder Saudi-Arabien, sondern auch die Veräußerung von Böden auf lokaler Ebene. Inzwischen widmen sich etliche Wissenschaftler diesem Thema, viele warnen vor den sozio-ökonomischen

und ökologischen Folgen. Obwohl etliche Autoren für die kleinbäuerliche Bevölkerung Partei ergreifen, bleiben die Geschlechterdimensionen meist unberücksichtigt. Diese Forschungslücke schließt der vorliegende Sammelband der Afrikawissenschaftlerin Birgit Englert und der Landrechtsexpertin Elizabeth Daley. In ihrem Buch sind sieben längere Beiträge abgedruckt, die von einer Einleitung und einem programmatischen Schlusskapitel umrahmt werden. Die Publikation ist das Ergebnis eines mehrjährigen Forschungs- und Diskussionsprozesses, in den sowohl die *Food and Agriculture Organization* der UN als auch Oxfam eingebunden waren. Zu den AutorInnen zählen britische, belgische, norwegische, ugandische und kenianische WissenschaftlerInnen. Ihre Mikrostudien illustrieren die unterschiedlichen juristischen Grundlagen und politischen Interessen der Landprivatisierung in Kenia, Uganda, Tansania und Ruanda, die sie mit lokalen ökonomischen Veränderungen und mit gesellschaftlichen Macht- und Transformationsprozessen in Verbindung setzen. So gewähren sie detaillierte Einblicke in die spezifischen Probleme vor Ort und ermöglichen Vergleiche der Besonderheiten und Gemeinsamkeiten im östlichen Afrika.

Für Uganda zeigen *Judy Adoko*, Juristin und Koordinatorin der ugandischen Landrechtsbewegung, und *Simon Levine*, Gutachter für Landrechtsfragen, eindrucklich, wie die Landgesetze Geschlechteraspekte aussparten und mit welchen Problemen Kleinbäuerinnen konfrontiert sind. Obwohl Frauenorganisationen seit vielen Jahren bei der Landregistrierung rechtliche Sicherheiten für Ehefrauen verlangen, lehnten

die politischen Machthaber ihre Forderungen wiederholt ab. Auf lokaler Ebene verstärken Geschlechterhierarchien und einseitige Interpretationen des „customary law“ durch lokale Autoritäten die Exklusion von Frauen bei der Registrierung von Landtiteln. Adoko und Levine weisen nach, wie bestechlich die Klanleiter im Apac-Distrikt sind. Diese profitieren von der Veräußerung der Anbauflächen an einzelne Männer, und Regierungsvertreter gebieten ihnen keinen Einhalt. Witwen werden mit gezielten Falschinformationen abgewiesen und traditionelle Versorgungspflichten ihnen und AIDS-Waisen gegenüber werden ignoriert. Adoko und Levine erläutern, wie die Landrechtsbewegung in der Informationsvermittlung arbeitet und sich darum bemüht, auf lokaler Ebene neue Dialogforen zu schaffen, um Klanleiter und Regierungsvertreter in die Pflicht zu nehmen.

Auch in Kenia beeinträchtigen gesellschaftliche Machtverhältnisse die Landrechte von Witwen und Waisen; dies belegt der Historiker und Landrechtsexperte *Samwel Ong'wen Okuro* am Beispiel des Kisumu-Distriktes im Westen des Landes. Er veranschaulicht, dass die von AIDS betroffenen Haushalte Parzellen verkaufen, um Medikamente und Krankenhausaufenthalte bezahlen zu können. Vor allem die Ehefrauen der an AIDS erkrankten Männer sind mit dem Dilemma konfrontiert, dass sie Flächen informell veräußern müssen, obwohl sie diese zur familiären Versorgung benötigten. Zudem werden die Möglichkeiten der Kinder, in Zukunft selbst ihre Existenz zu sichern, durch die Reduzierung der Anbauflächen beschränkt. Problemverschärfend kommt hinzu, dass viele Frauen ihre Kinder gut versorgen

möchten, die Verwandten ihres verstorbenen Ehemannes jedoch die Felder beanspruchen. Zwar hat die kenianische Regierung inzwischen Richtlinien zum Schutz von AIDS-Waisen erlassen, jedoch gibt es keine Vorgaben zur rechtlichen Unterstützung der Witwen. Besonders problematisch ist der Einfluss von *Chiefs*, zumal manche die Problemlage dieser Frauen ausnutzen, indem sie ihnen Land unter dem Marktwert abkaufen. Lokale Ältestenräte, die solchen Missbrauch verhindern sollten, entscheiden mehrheitlich im Interesse der *Chiefs* und weisen die Beschwerden der Witwen ab. Umso wichtiger sind deren informelle Zusammenschlüsse, die als gemeinsame Interessenvertretung fungieren. Sie haben aber einen schweren Stand, weil Korruption weit verbreitet ist und Frauen in vielen Fällen für den Tod ihrer Ehemänner verantwortlich gemacht werden.

Mit ähnlichen Problemen sind auch die Überlebenden des Genozids in Ruanda konfrontiert. Zwar gab es hier einige Reformen zur Verbesserung der Rechtslage von Ehefrauen, und die Parlamentarierinnen, die etwa die Hälfte der Abgeordneten stellen, sollen für die Umsetzung frauenpolitischer Ziele sorgen. Dennoch ist der Zugang zu Landrechten für Frauen schwierig, insbesondere wenn deren Ehemänner keinen Brautpreis gezahlt hatten. Am Beispiel der Provinzen Gikongoro und Gitarama dokumentieren die belgischen Entwicklungsökonominnen *An Ansoms* und *Nathalie Holtvelt*, dass Leiter von Familienverbänden Teilelemente des „customary law“ und des staatlichen Rechts eigennützig interpretieren. Den Autorinnen zufolge ist die Verhandlungsmacht der Zusammenschlüsse von

Witwen gering; gegen die Dominanz mächtiger Verwandtschaftsverbände könnten sie kaum etwas ausrichten.

Insgesamt leistet der Sammelband einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die gravierenden Umwälzungen der Landbesitzverhältnisse im östlichen Afrika. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er die Landpolitik und die Unklarheiten, die aus dem Rechtspluralismus resultieren, in Verbindung mit sozio-ökonomischen Strukturproblemen und geschlechtsspezifischen Machtverhältnissen analysiert. Damit bietet er wichtige Impulse für weitere Studien.

Rita Schäfer

Miriam Heigl: *Der Staat in der Privatisierung. Eine strategisch-relationale Analyse am Beispiel Mexikos*. Baden-Baden: Nomos 2009, 231 Seiten

Lateinamerika gilt gemeinhin als „Laboratorium“ des Neoliberalismus. Der Putsch gegen die Regierung Salvador Allendes im Jahr 1973 und die Pinochet-Diktatur läuteten für den gesamten Kontinent nicht nur eine Epoche härtester politischer Repression ein, sondern auch umfassende Prozesse der Privatisierung und Deregulierung. Mexiko kam dabei seit der Schuldenkrise 1981/82 eine Vorreiterrolle zu. Bis weit in die 1990er Jahre blieb die Hegemonie des neoliberalen Projekts ungebrochen. Erst in den vergangenen Jahren begann sie mit dem Erstarken neuer sozialer Bewegungen und sozialistischer und sozialdemokratischer Regierungen zu bröckeln. Dementsprechend dynamisch ist auch das Forschungsfeld, das sich auf dem Gebiet der Privatisierungsforschung in Lateinamerika entwickelt hat.

Vor diesem Hintergrund widmet sich Miriam Heigls Dissertation der Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Energiesektor Mexikos. Als Fallbeispiele dienen ihr das staatliche Erdölunternehmen *Petróleos Mexicanos* sowie die beiden staatlichen Elektrizitätsunternehmen *Comisión Federal de Electricidad* und *Luz y Fuerza del Centro*. Diese Beispiele sind deswegen von besonderem Interesse, weil sich der Privatisierungsprozess hier – im Unterschied zu anderen Fällen in Lateinamerika – länger hinzieht und noch immer nicht abgeschlossen ist, und das, obwohl es sich um attraktive Staatsbetriebe mit wichtigen Monopolstellungen handelt.

Nach einer kurzen Einleitung beschäftigt sich die Autorin zunächst ausführlich mit den theoretischen Zugängen, die das Feld der Privatisierungsforschung in Lateinamerika dominieren. Im Einzelnen diskutiert die Autorin hier die Neue Institutionenökonomie, Imperialismustheorien, den *Neo-Statism*, den Historischen Institutionalismus und *Policy-Transfer*-Theorien. Sehr gelungen sind ihre kurzen aber prägnanten Einschätzungen zu jeder Theorie. Mit ihnen bereitet sie das erste Zwischenfazit vor, in dem sie die theoretischen Defizite auf diesem Forschungsfeld aufzeigt.

Im Anschluss daran stellt Heigl ausführlich ihren „strategisch-relationalen Ansatz“ dar, der vor allem auf den Arbeiten von Bob Jessop beruht. Dieser theoretische Zugang bildet das Kernstück von Heigls Arbeit, soll er doch im Unterschied zu den kritisch diskutierten Theorien dreierlei leisten: erstens die i.d.R. einfach unterstellte analytische Trennung der ökonomischen von der politischen Sphäre aufheben, zweitens einen kritischen und

komplexen Staatsbegriff in die Analyse von Privatisierungsprozessen einbringen und drittens eine multiskalare Untersuchung erlauben, die sowohl subnationale und nationale als auch regionale und globale Faktoren zu berücksichtigen vermag (35f). Dazu diskutiert Heigl unter anderem, wie sich mit Jessop das Verhältnis von politischer und ökonomischer Sphäre fassen lässt, wie politische Akteure und institutionelle Strukturen zusammenwirken und wie der strategisch-relationale Ansatz operationalisiert werden kann.

Bevor die Autorin ihre beiden Fallstudien näher betrachtet, kontextualisiert sie – ihrem theoretischen Ansatz folgend – zunächst die Konflikte um den mexikanischen Elektrizitäts- und den Erdölsektor, indem sie ihre LeserInnen in die Geschichte der lateinamerikanischen Staatsentwicklung im 20. Jahrhundert einführt: von der Entwicklung des peripheren Fordismus über dessen Krise bis zum Wettbewerbsstaat. Diesen historischen Überblick spezifiziert sie sodann für Mexiko: vom Aufstieg des nationalistischen Staatsprojekts mit seinen stark korporatistischen Strukturen in den 1930er Jahren bis zur neoliberalen Politik der Präsidenten Carlos Salinas, Ernesto Zedillo und Vicente Fox.

Anschließend untersucht Heigl ihre Fallstudien mit großer Sorgfalt im Hinblick auf die Gesetze, die den Privatisierungsprozess vorbereitet und begleitet haben, auf die unterschiedlichen Akteure mit ihren spezifischen Interessen und Strategien und auf die institutionellen Settings und ihre Auswirkungen auf die Konflikte. Dabei betrachtet sie sowohl die Politik nationaler Akteure, z.B. von Gewerkschaften, Unternehmervereinigungen und staatlichen Ministerien, als

auch den Einfluss internationaler Institutionen und transnationaler Unternehmen. Die Ergebnisse des Vergleichs präsentiert sie in einem ausführlichen Fazit.

Interessant ist dabei unter anderem, dass die Verzögerung des Privatisierungsprozesses in den beiden Branchen offenbar unterschiedliche Gründe hat. Zwar spielte der Widerstand der PrivatisierungsgegnerInnen, vor allem seitens der Gewerkschaften, sowohl bei den Elektrizitätsunternehmen als auch bei der Erdölindustrie eine Rolle. Doch während Heigl dies beim Elektrizitätssektor als den zentralen Faktor identifiziert, weist sie im Fall von *Petróleos Mexicanos* auf die Eigeninteressen des mexikanischen Finanzministeriums hin, das „die Privatisierung subtil behinderte“ (201). Eine kurze Reflexion des Forschungsansatzes rundet das Buch ab.

Gerade den Umstand, dass die Privatisierung im lateinamerikanischen Vergleich eher schleppend vorangeht, hätte man vielleicht noch einmal expliziter darauf befragen können, was PrivatisierungsgegnerInnen daraus lernen können. Dazu aber hätten die Fallstudien wohl noch kleinteiliger sein und stärker auf soziale Bewegungen fokussieren müssen. Auch ein vergleichender Exkurs über eine schnelle und erfolgreiche Privatisierung wäre in diesem Zusammenhang interessant gewesen. Doch wie Heigl selbst kritisch anmerkt, tendiert der strategisch-relationale Ansatz zu einer „Priorisierung der institutionell ausgerichteten Akteursstrategien“ (203). Sie konzentriert sich stattdessen systematisch auf ihre Fragestellung und erarbeitet sie Schritt für Schritt. Wer das Buch aufschlägt, um sogleich in die Untiefen der mexikanischen Privatisierungskonflikte einzutauchen,

wird also zunächst einmal enttäuscht. Doch am Ende löst Heigl ihren im Titel des Buches formulierten Anspruch vollständig ein: Am Beispiel Mexikos erarbeitet sie sich und den LeserInnen einen vielschichtigen polit-ökonomischen Zugang zum Verständnis aktueller Privatisierungsprozesse.

Henrik Lebuhn

David O'Kane & Tricia Redeker Hepner (Hg.): *Biopolitics, Militarism and Development – Eritrea in the Twenty-First Century* New York & Oxford: Berghahn Books 2009, 236 Seiten

Über das kleine Land am Horn von Afrika ist in den letzten Jahren außer einigen Beiträgen in einem Sammelband („Hot Spot Horn of Africa Revisited – Approaches to Make Sense of Conflict“) nichts Nennenswertes erschienen. Die vorliegende Publikation versucht die Geschichte des jüngsten afrikanischen Landes vom umjubelten Hoffnungsträger zum verhassten Unterdrückungsstaat mit dem theoretischen Konzept der sogenannten Biopolitik zu analysieren. Die Herausgeber definieren Biopolitik als den Einsatz von Staatsgewalt und -strukturen mit dem Ziel, alle Bereiche menschlichen Lebens und Bewusstseins im Namen von Entwicklung, nationaler Sicherheit und Souveränität unter absolute Kontrolle zu bringen. Es geht ihnen dabei auch darum, die Verknüpfung zwischen den biopolitischen Strategien der eritreischen Staatsgewalt im Kontext antikolonialer und revolutionärer Veränderung einerseits und der dynamischen, aber höchst ungleichen globalen Entwicklung andererseits aufzuzeigen.

So sehen sie Biopolitik keineswegs als ausschließliches Merkmal von Dritte-Welt-Staaten, sondern als inhärenten Bestandteil der Moderne und speziell der Globalisierung. Dennoch kann die Verbindung von Militarismus und Entwicklung als Staatsdoktrin („developmentalism“) vor allem als biopolitisches Phänomen in neuen Staaten ausgemacht werden, wie verschiedene zitierte Autoren in den letzten 15 Jahren nachgewiesen haben. Die Herausgeber beziehen sich hier explizit auf Michel Foucault und auf Giorgio Agambens Konzept vom Beginn der westlichen Zivilisation als Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft sowie auf seine These, dass die Essenz der Souveränität in der Macht liegt, zu entscheiden, wer zur politischen Gemeinschaft – deren institutioneller Ausdruck der Staat selbst ist – gehört und wer nicht.

Im Fall Eritreas handelt es sich um die paradoxe Situation eines Landes, das gleichzeitig mit dem globalen Sieg des Kapitalismus seine Unabhängigkeit erkämpft hatte und den Anspruch erhob, einen souveränen, selbstbestimmten Nationalstaat zu errichten. Der dem verlorenen sogenannten Grenzkrieg mit Äthiopien folgende Zustand von „no war – no peace“ dauert nun schon fast 10 Jahre, dabei gehört Eritrea weder zu den gescheiterten („failed“) noch zu den scheinbaren („apparent“) Staaten, die sich nicht nur in Afrika ausbreiten. Das Regime hat das Land fest im Griff. Für biopolitische Politik bieten sich nicht nur Polizei und Militär an, auch Schul-, Gesundheits- und Agrarpolitik sind beliebte Interventionsfelder. Die acht Einzelbeiträge behandeln regierungspolitische Maßnahmen in diesen Bereichen

und ihre Ergebnisse sowie die Rezeption und Reaktion der Bevölkerung. Sie zeigen, dass die gegenwärtige Repression und Gewalt alle Lebensbereiche betrifft, im Inneren wie im Ausland stattfindet und alle Bevölkerungsgruppen davon betroffen sind, vor allem die Menschen im wehrdienstpflichtigen Alter. Die Autoren sind überwiegend Ethnologen, aber auch Politik- und Entwicklungswissenschaftler, die sich seit Jahren mit ihrem Thema und dem Land beschäftigen, teilweise auch dort tätig waren und denen sowohl große Sach- als auch Landeskenntnis bestätigt werden kann. An allen Beiträgen wird deutlich, dass in dem Ausmaß, in dem die biopolitische Praxis das Leben der Menschen zerstört, sie im Extremfall tötet oder zwingt, nichts als das „nackte Leben“ im Sinn von Hannah Arendt zu retten, die Aussicht auf den Erfolg des gesamten biopolitischen Projektes der eritreischen Regierung in Frage gestellt wird. Angesichts der Aussichtslosigkeit eines friedlichen politischen Wechsels oder eines gewaltsamen Sturzes des Regimes entzieht sich die Mehrheit der Bevölkerung durch Anpassung, Resignation und Flucht. In ihrer wilden Entschlossenheit, das Land „zu entwickeln“, koste es, was es wolle, hat die Regierung das Gegenteil erreicht: Ethnisierung statt nationaler Integration, Glaube an Religion statt an Nation, Individualismus statt kollektiver Solidarität; unterdrückter Hass statt überzeugter Loyalität, und vor allem eine massive Fluchtbewegung aus dem „traurigsten aller Länder“, im Idealfall nach USA und Europa, im schlimmsten Fall ins Flüchtlingsmassengrab des Mittelmeers.

Man mag darüber streiten, ob das Konzept der Biopolitik einen wirklich neuen Blickwinkel auf die Entwicklung der politischen Praxis vor allem in postkolonialen Entwicklungsstaaten öffnet oder ob es sich nicht einfach um eine Ausformung von Totalitarismus handelt. Dem steht die Auffassung der Autoren und Herausgeber entgegen, dass die biopolitischen Strategien Eritreas und anderer modernistischer, postrevolutionärer Staaten historisch und eng mit dem Druck zusammenhängen, den die globale kapitalistische Entwicklung auf sie ausübt. Ob sie sich nun revolutionär-nationalistisch oder neoliberal gebärden, beide Strategien beruhen auf tiefgreifenden Interventionen in das Leben der Menschen mit dem Ziel, sich und ihr Entwicklungskonzept als souveräner, eigenständig handelnder Staat international durchzusetzen. Dies nachzuweisen gelingt nicht allen Beiträgen, die wohl auch nicht immer mit dieser Absicht verfasst wurden. Am ehesten kommt das Konzept der Biopolitik in dem Beitrag von *Greg Cameron* zur eritreischen Entwicklungsstrategie zum Tragen, wenn er sie mit der anderer monolithischer Regimes, zum Beispiel der Kuomintang und Nordkorea, vergleicht. Darüber hinaus bietet der Band eine Fülle neuer Informationen und Erkenntnisse zu den gegenwärtigen Entwicklungen in unterschiedlichsten Bereichen und – anhand einer ausführlichen Bibliografie zum Land und zu den theoretischen Grundlagen des Biopolitikkonzepts im Anhang – einige Anregungen für weiterführende, generelle politikwissenschaftliche Lektüre und Reflexion.

Eva-Maria Bruchhaus

Marcel Baumann: *Zwischenwelten. Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformationen*
Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
2008, 323 Seiten

Konflikte sind nicht einfach Konflikte, sondern eine komplexe Mischung aus Handlungen, diskursiven Verhandlungen sowie Macht- und Abhängigkeitsstrukturen. Anders ausgedrückt: es erfordert eine Menge Arbeit, sie zu führen. Mit dem Frieden verhält es sich nicht anders: Auch er bedeutet Arbeit. Und das betrifft nicht nur den Friedensschluss, also all das, was dazu führt, das sich die gegnerischen Parteien an einen Tisch setzen und beschließen, den Kampf zu beenden.

Nein, wenn die Politiker wieder gegangen sind, die internationalen Vermittler auf anderen Bühnen auftreten und die Medien mangels telegener Ereignisse abgezogen sind – dann beginnt die Arbeit für einen dauerhaften Frieden erst richtig. So oder ähnlich kann man das beeindruckende Buch von Marcel Baumann in seiner Quintessenz zusammenfassen.

Für seine Argumentation greift Baumann auf Feldforschungen in Nordirland, Mazedonien und Südafrika zurück. Dabei handelt er die einzelnen Gebiete nicht einzeln ab, noch stellt er die jeweiligen Beispiele durchweg vergleichend vor. Sein Anliegen ist ein anderes, nämlich zu zeigen, wie mit Gewaltphänomenen in Transformationsprozessen umgegangen werden kann und was die elementaren Aspekte von so genannten Friedenskonsolidierungsprozessen sind. Sein Hauptanliegen ist eine neue, frische Perspektive

auf die Friedensforschung, die er mit seinen empirischen Feldstudien fundiert untermauern kann. Zentral und gleichzeitig das wichtigste Argument in der Arbeit ist dabei die Herangehensweise, bei der die Friedensschlüsse, die großen politischen Arenen und internationalen Vertragswerke in den Hintergrund treten. Baumann ist daran interessiert, wie sich lokale Akteure verhalten, wie sie die Friedensschlüsse in ihrem Alltag umsetzen und letztlich damit zum Erfolg führen können. Es sind die im Titel erwähnten „Zwischenwelten“, denen Baumann seine ganze Aufmerksamkeit schenkt und die in seinen Ausführungen zum Leben erweckt werden – auch deswegen, weil er meint, dass „Krieg“ und „Frieden“ als alleinige Analysekategorien nicht mehr ausreichen.

Er verhehlt dabei nicht die Probleme, die es innerhalb solcher Konsolidierungsprozesse geben kann, und zeigt, dass auch ein Scheitern durchaus möglich ist. Dennoch: sein akteursorientierter Ansatz verlagert die Sichtweise von Frieden auf eine Ebene, die hinter den „Roadmaps“ und den anderen Abkommen einfach in Vergessenheit gerät. Darüber hinaus zeigt er, wie Frieden im wahrsten Sinne des Wortes gemacht werden kann.

Das Buch ist in 5 Abschnitte unterteilt, wovon Nr. 2, 3 und 4 die tragenden Argumente auf der Basis einer beeindruckenden Empirie beinhalten. Die Einleitung gibt grundlegende Auskünfte über das Thema und beschreibt das Forschungsinteresse. Darin diskutiert Baumann auch den Stellenwert verschiedener Ansätze von Friedensforschung und entscheidet sich für eine reflexiv-konstruktivistische Perspektive, weil mit ihr dieses Forschungsfeld auch

im 21. Jahrhundert unter veränderten weltpolitischen Bedingungen mit „kontrollierter Phantasie“ (Krippendorf) weiterentwickelt werden kann.

Abschnitt 2 ordnet die Forschung in einem größeren Kontext ein und begründet die Fallauswahl. Letztere basiert auf den Vergleichsmaßstäben „most different“ oder „most similar“. Mit ihnen verdeutlicht Baumann die positiven und negativen Beispiele, um zu Erkenntnissen nicht zuletzt für andere Friedenskonsolidierungsprozesse zu kommen.

Er gibt in diesem Kapitel auch einen kurzen Abriss über die Hintergründe und Chronologien der Konflikte bzw. der Friedensprozesse und diskutiert verschiedene Strategien der Konfliktbearbeitung. Eine wichtige Feststellung dabei ist, dass es unterschiedliche Strategien für die verschiedenen Akteure innerhalb der am Konflikt beteiligten Parteien gibt, die nicht zeitgleich innerhalb der Friedensprozesse auftreten müssen, wohl aber sich überlappen können. Konfliktresolution und Konfliktmanagement müssen dazu integriert werden, wenn man, wie Baumann, davon ausgeht, dass nicht eine Lösung oder Beseitigung eines Konfliktes das vorrangige Ziel sein muss, sondern dessen Management. Bewaffnete Gruppen müssen auf andere Art eingebunden werden als ihre politischen Führer und diese wiederum anders als die Gemeinschaften, in deren Namen und mit deren Unterstützung Konflikte überhaupt nur dauerhaft führbar sind.

Abschnitt 3 behandelt ein Thema, das Baumann mit „freiwilliger Apartheid“ umschreibt und das nicht nur wegen des Fallbeispiels Südafrika zuerst merkwürdig und ungewohnt klingt. Damit versucht er, die Tendenzen von

Friedensgesellschaften zu erfassen, sich innerlich nicht anzunähern, sondern im Gegenteil immer weiter voneinander zu entfernen. Was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, hat seinen Ursprung in einem Sicherheitsbedürfnis der Gemeinschaften, welches nun unter den Bedingungen gewaltloser oder Gewalt ächtender Grundprinzipien eingelöst werden muss. Gerade in diesen Phasen, so betont Baumann, kommt es besonders auf das Verständnis von verschiedenen Formen und Akteuren der Gewalt an, deren Auftreten nicht zwingend immer ein Ende des Friedens darstellen müssen, sondern im Gegenteil als inhärent für die Zwischenwelten der Friedensprozesse sind. Ein erfolgreicher Konsolidierungsprozess muss diesem Aspekt besondere Aufmerksamkeit schenken.

Wie das geschehen kann, zeigt Baumann an Beispielen in Abschnitt 4. Das abgewandelte Bonmot im Titel – „It’s the dialogue. Stupid?“ – ist ernst zu nehmen. Zusammengefasst könnte man sagen: Frieden ist die Möglichkeit, ohne hindernde Bedingungen zu reden. Das galt in allen Konflikten vor allem für die Zeit vor dem Friedensschluss. Solche Friedensdiskursivierungen finden auf vielen Ebenen statt und bieten allen Beteiligten die Möglichkeiten der Annäherung und der Verhandlung kritischer, sensibler und teilweise gefährlicher Inhalte. Baumann präsentiert ausführlich drei Aspekte der Bearbeitung durch Diskursivierung: erstens die nordirischen Initiativen zur *Restorative Justice* – am besten wohl übersetzt mit Täter-Opfer-Ausgleich –, zweitens Strategien zur Vergangenheitsbearbeitung, denn es ist die Vergangenheit, ihre Symbole und die Erinnerungspraktiken, die häufig

stärker als je zuvor in Friedensprozessen ein Hindernis darstellen können. Und schließlich widmet er sich drittens noch der Polizei, deren Reform in allen Konflikten enorm wichtig war, um das Vertrauen der Gemeinschaften zu gewinnen und wirkliche Sicherheit zu etablieren. Denn die Polizei war in allen Konflikten kein unabhängiger Akteur, sondern Teil des Problems.

Baumanns Buch über die politischen „Zwischenwelten“ präsentiert eine fundierte Analyse von so genannten Friedenskonsolidierungsprozessen. Seine durch die Empirie gewonnene Perspektive von unten zeigt mehr als manche Sonntagsrede zu Friedensschlüssen mit oft nur düftig verkleideter Macht- und Interessensrhetorik, wessen es bedarf, um ernsthaft einen Weg zu beschreiten, auf dem man Frieden machen kann. Nicht der große politische Wurf, sondern die genaue Analyse und seine Gabe einer gelungenen integrativen Analyse verschiedener Konflikte machen es zu einem wichtigen Beitrag in der Friedensforschung und darüber hinaus. Das Buch ist gut und flüssig geschrieben. Es verdient daher eine größere Öffentlichkeit – vor allem bei all jenen Akteuren, die sich auf dem Parkett internationaler Friedenspolitik und Beratung bewegen. Nicht der Friedensplan ist entscheidend, sondern die oft Jahrzehnte dauernde Arbeit, diesen Plan auch gegen jeden vermeintlichen Rückschlag umzusetzen. Ein Index der Interviewpartner sowie ein thematischer Index wären eine großartige und hilfreiche Ergänzung gewesen – aber das ist tatsächlich nur eine formale Kleinigkeit.

Nils Zurawski

Uli Cremer: *Neue NATO: die ersten Kriege. Vom Militär- zum Kriegspakt.* Hamburg VSA: 2009, 218 Seiten

Mit der vorliegenden Publikation hat der Hamburger Friedensaktivist und GRÜNEN-Politiker sein zweites Buch über die *Neue Nato* vorgelegt. Fragte das erste 1998 noch „Neue NATO – neue Kriege?“, so kann er in seinem neuen Buch auf die ersten und teilweise noch andauernden Kriege zurückschauen. Im Einzelnen behandelt er die Kriege in Bosnien (1992-1995), im Kosovo (1999) und in Afghanistan (seit 2001), denen er jeweils ein Kapitel seines Buches widmet. Den Krieg gegen den Irak (seit 2003) diskutiert er lediglich in einem Unterkapitel als Beispiel, wie dieser Waffengang das Verhältnis zwischen NATO und EU veränderte. Dieses Vorgehen hat durchaus seine Berechtigung, weil darin nicht alle Mitglieder des atlantischen Bündnisses eingebunden sind. Er wurde vielmehr von Großbritannien und den USA sowie einer „Koalition der Willigen“ angezettelt. Weiterhin stellt Cremer das wechselvolle Verhältnis zwischen der NATO und Russland dar, bevor er abschließend auf zukünftige Entwicklungen und Alternativen eingeht.

Historische Voraussetzung all dieser Kriege ist das Ende des Kalten Kriegs mit den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa zwischen 1989 und 1991 sowie die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation im Jahr 1991. Im Rahmen dieser Umbrüche erwies sich die atlantische Allianz als „wandlungsfähiger Militärpakt“ (15). Sie löste sich nicht ebenfalls auf, obwohl sie doch ihre Existenz mit der Bedrohung durch

den „Ostblock“ begründet hatte, sondern suchte sich neue Aufgabenfelder und schuf neue Feindbilder. Cremer bilanziert diese Entwicklung folgendermaßen: „Die NATO erfand sich nach dem Kalten Krieg neu. Sie wurde im eigenen Selbstverständnis zur ‘Neuen NATO’ und nannte sich fortan auch so. Nach wenigen Jahren war sie organisatorisch zu Kriegsführung in aller Welt in der Lage und politisch dazu bereit. Ihre neue Rolle als militärische Ordnungsmacht demonstrierte sie bisher auf drei Hauptschauplätzen: in Bosnien, im Kosovo und in Afghanistan.“ (34)

Im Bosnien-Krieg ging es zunächst um die Ausschaltung der UN als Ordnungsmacht. In vielen Einzelheiten schildert Cremer, wie es der NATO gelang, „die UNO als führende Instanz zur Sicherung des Weltfriedens nachhaltig zu demontieren. Gleichzeitig wurden die Grundlagen gelegt, die NATO zum zentralen Instrument europäischer Ordnungspolitik zu machen.“ (36) Dabei weist er nach, wie die Verbreitung von Halbwahrheiten in den Massenmedien diesem Prozess die nötige ideologische Legitimation verlieh. 1995 schließlich hatte „die NATO... das UN-Gewaltmonopol in die eigenen Hände genommen“ (41). Folgerichtig übernahmen ihre Truppen ab Dezember 1995 auch die Überwachung des Waffenstillstands von den UNPROFOR-Truppen, die in Cremers Darstellung ohnehin vom Militärbündnis dominiert waren.

Einen weiteren Schritt zur Entmachtung der UN stellte der Kosovo-Krieg dar. Mit großer Sorgfalt zeichnet der Autor Vorgeschichte, Anlass und Verlauf des Waffengangs nach, widerlegt Falschmeldungen zur seiner massenmedialen

Begründung sowie den Mythos von der Alleinschuld Serbiens. Am Ende dieses Kriegs hatte nicht die UN die Macht im Kosovo, sondern die NATO. Ideologisch zentral ist in Cremers Augen die Botschaft, „dass NATO und EU (die 2008 im Kosovo wichtige Verwaltungs- und Regierungsfunktionen wahrnimmt) bereit sind, ihre Ordnungsvorstellungen ohne Rücksicht auf andere internationale Akteure durchzusetzen und dabei störende völkerrechtliche Regeln beiseite zu schieben“ (72).

Der Krieg gegen Afghanistan war zwar nicht direkt eine Aktion der NATO, aber alle Mitglieder des Bündnisses waren durch Unterstützungsbeiträge eingebunden. Den Vorwand, ihn loszutreten, boten die Attentate am 11. 9. 2001 in den USA. Wenn auch bis heute viele Unklarheiten über Attentäter und Drahtzieher geblieben sind, so waren doch Schuldige schnell gefunden: Osama bin Laden, das „Terrornetzwerk Al Quaida“, mutmaßlich unterstützt durch die Taliban-Regierung in Afghanistan. Die NATO rief erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus, konnte so von Artikel 51 der UN-Charta Gebrauch machen, d.h. das Selbstverteidigungsrecht für sich in Anspruch nehmen, und begann am 7. 10. 2001 den Krieg als „Operation Enduring Freedom“. Akribisch rekonstruiert Cremer Geschichte des Kriegs bis 2009. Dabei zeigt er, dass die damalige Regierung Afghanistans nicht den Hauch einer Chance hatte, ihn abzuwenden. Ebenso weist er nach, dass der Krieg trotz der Berufung auf die UN-Charta völkerrechtswidrig war, indem er aus der UN-Charta jene Passage zitiert, welche die Wirksamkeit des Artikels 51 begrenzt: Denn das Recht zur Selbstverteidigung

gelte „nur solange ‘bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat’. Das ist jedoch am 18.9.2001 geschehen, indem der Sicherheitsrat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedete, in dem kein Militärschlag vorkommt (Resolution 1373 [2001]).“ (85)

Auch in diesem Krieg, so zeigt der Autor weiter, wurde die Autorität der UN weiter untergraben, indem die NATO Zug um Zug die Kontrolle über die *International Security Assistance Force* (ISAF) übernahm, welche die UN nach dem Sturz der Taliban-Regierung zunächst zur Sicherung der Hauptstadt Kabul und ihrer unmittelbaren Umgebung entsandt hatte. Dabei spielte auch die damalige rot-grüne Bundesregierung eine wichtige Rolle, indem sie die Ausweitung des ISAF-Mandats auf ganz Afghanistan betrieb. Seit 2006 entwickelte sich die ISAF von der Schutz- zur Kampftruppe. Sie führt inzwischen im Süden Afghanistan einen regelrechten Krieg; ihre Kriegführung und ihre Aufgaben seien „von denen der parallelen Operation Enduring Freedom nicht mehr zu unterscheiden“ (95).

Das Verdienst des Buches ist es, überzeugend zu belegen, wie sich die NATO von einem Verteidigungs- zu einem Kriegsführungsbündnis entwickelt hat, in dessen Selbstverständnis NATO-Recht das Völkerrecht bricht und dessen neue Militärphilosophie mit „Eskalationsdominanz“ (190) auf den Punkt zu bringen ist. Einen Weg zurück zur „Alten NATO“ gibt es nicht. Leider bietet das Buch außer der kompakten Zusammenstellung der Fakten nichts, was man nicht schon linker Presse hätte

entnehmen können. Aber dadurch, dass das Material nun in einem Band vorliegt, ist es durchaus eine wichtige Erinnerungsstütze für alle, denen die emanzipatorische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse am Herzen liegt.

Michael Korbmacher

Hans-Jürgen Burchardt (Hg.):
Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik. Frankfurt a.M.: Campus 2009, 336 Seiten

Ausgehend von der Annahme eines zunehmenden Bedeutungsgewinns der Nord-Süd-Beziehungen im 21. Jahrhundert versammelt Hans-Jürgen Burchardt elf recht heterogene Beiträge zum Thema – zutreffend beschrieben als „teilweise sogar konträr argumentierende Betrachtungen“ (34) – mit dem Anspruch, die entsprechende Debatte nicht nur darstellen, sondern vorantreiben zu wollen. Dazu sollen einige AutorInnen, darunter so bekannte PolitikwissenschaftlerInnen wie Renate Mayntz, Bob Jessop, Thomas Risse und Heide Gerstenberger, „ihre bisher eher für die OECD-Länder Forschung bereits erfolgreich entwickelten Kategorien für den Süden aufzubereiten“ (10) versuchen. Ein solcher Transfer steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Hauptanliegen des Herausgebers, eurozentrische Verengungen des Blickfelds zu erweitern, kann sich aber dennoch als produktiv erweisen. Eurozentrismus wird hier in erster Linie charakterisiert durch einen liberalen, individualtheoretischen Akteursbegriff und ein evolutionistisches Verständnis von gesellschaftlichem Wandel. Dem setzt Burchardt in

der Einleitung eine Konstituierung von Akteuren entgegen, die die vielfältigen Bezüge zu Kollektiven berücksichtigt (und damit zusammenhängend eine Konstituierung von Institutionen als „sedimentierte Formen des Akteurshandelns“, 22) sowie eine „anders justierte Dritte-Welt-Forschung“, die „Unterschiede zum westlichen Leitbild von Staat und Demokratie nicht mehr nur als vormoderne Abweichung“ behandelt, sondern sie „als Orte zeitgemäßer Andersheit [anerkennt], über die mehr Kenntnisse generiert werden müssten, um die Pfadabhängigkeiten, Funktionslogiken, Praktiken etc. der dortigen Politiken noch besser zu verstehen“ (28).

Im ersten Teil des Buches („Staat und Demokratie“) eröffnen *Lars Brozus* und *Thomas Risse* den Reigen. Sie plädieren für die Hinwendung zu einem modifizierten *Governance*-Konzept und konstatieren für zwei Drittel der Welt „einen dauerhaften und systematischen Mangel an Westfälischer Staatlichkeit“ (45). Diese Abweichung vom westlichen Leitbild soll durch „state-building“ behoben werden, wobei nicht nur Regeldurchsetzungsfähigkeit und politisch-administrative Kapazitäten, sondern auch demokratische Wahlen und institutionalisierte Machtbeschränkungsmechanismen „exportiert“ werden sollen (45). Etwas irritierend bei der Anwendung des analytischen *Governance*-Instrumentariums ist, dass die Verfasser zunächst postulieren: „Im Unterschied zu Räumen konsolidierter Staatlichkeit, wie sie v.a. die Staaten der OECD-Welt kennzeichnen, betreffen die Durchsetzungsschwierigkeiten nicht nur einzelne sozial oder territorial zu verortende Regionen, wie sie auch in der OECD-Welt anzutreffen sind“ (44f).

Wenig später jedoch ist im Hinblick auf die „Räume begrenzter Staatlichkeit“ zu lesen: „In der Regel liegen Einschränkungen der drei zentralen Merkmale von Staatlichkeit [faktische Entscheidungs- und Organisationskompetenz, zugeschriebene Letztverantwortung] nicht für das gesamte Territorium, sondern nur für bestimmte Regionen innerhalb eines Staates vor“, weshalb die Rede von „failed states“ in die Irre führe (51). Als „Kern des Governance-Problems in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ wird die „Schwäche der staatlichen Institutionen“ identifiziert, die „kein als legitim angesehenes Gewaltmonopol für sich beanspruchen können“ (57) – das ist nicht einmal mehr unoriginell, sondern bereits tautologisch. Interessant wiederum sind Erkenntnisinteresse und Subjektposition des Beitrags, die in Sätzen wie folgendem deutlich werden: „Der von außen Eingreifende sieht sich schnell mit dem Problem konfrontiert, dass er nicht als Helfer, sondern als Besatzer wahrgenommen wird.“ (60) „Das Verlangen nach Selbstregierung scheint selbst dann nicht geringer zu werden, wenn absehbar ist, dass die zur Erbringung von Governance-Leistungen notwendigen Voraussetzungen und Fähigkeiten in dem Selbstregierung einfordernden politischen Kollektiv weniger vorhanden bzw. schlechter ausgebildet sind, als bei den – vermeintlich – vorübergehend mit ihrer Erbringung betrauten.“ (60) Aus der Perspektive des wohlmeinenden Besatzers erscheint es problematisch, als solcher wahrgenommen zu werden, und bemerkenswert, dass die Einheimischen trotz mangelnder Fähigkeiten eine Selbstregierung verlangen. Nun ist Politikberatung für „humanitäre

Interventionen“ und „state-building“ in „Räumen begrenzter Staatlichkeit“ nicht per se illegitim, was dies jedoch mit einer nicht-eurozentrischen Dritte-Welt-Forschung zu tun hat, ist völlig unklar. Eine solche hätte eher die Perspektive der Betroffenen einzunehmen.

Die anderen Beiträge sind weniger kontrovers. *Bob Jessop* verknüpft seinen strategisch-relationalen Ansatz der Staatstheorie mit einer „Südperspektive“. Dieser sieht Staat als eine soziale Beziehung, identifiziert eine „strategische Selektivität“ bestimmter Staatstypen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Kräften und unterscheidet zwischen unterschiedlichen *Governance*-Formen ebenso wie zwischen kapitalistischen Staaten und Staaten in kapitalistischen Gesellschaften. Die Anwendung auf den Süden erfolgt primär durch die idealtypische Charakterisierung des „Entwicklungsstaats“ als eines „List’schen Workfare Nationalstaat(s) (LWNS)“ (86) und die Gegenüberstellung mit einem „post-nationalen Schumpeterianischen Workfare Regime (SWPR)“ (92), aber auch durch theoretische Skizzen von Ausnahmestaaten (in denen als Antwort auf Hegemoniekrisen demokratische Institutionen ausgeschaltet werden), *failed states* und Schurkenstaaten.

Heide Gerstenberger („Über Staatsgewalt in der Sub-Sahara und das Elend der Kategorien“) kritisiert die mangelnde staatstheoretische Fundierung in der Literatur zu schwachen oder gescheiterten Staaten ebenso wie auch die ungenaue Bezugnahme auf Max Weber im Konzept des Neo-Patrimonialismus und Jessops Konzept der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre eigenen Überlegungen behandeln v.a. die „Vermarktung

nationaler Souveränität“ (112) im Bereich der Finanzdienstleistungen, Investitionsbedingungen und Schiffsregister, die durch Verzicht auf Anwendung staatlicher Regulierungskompetenz beruht und die einerseits zu unreguliertem Kapitalismus führe, andererseits aber durch die private Nutzung staatlicher Hoheitsrechte (z.B. bei der Vergabe von Import- oder Schürflizenzen) auch Marktmechanismen behindere. Jedenfalls sei lt. Gerstenberger aufgrund der Weltmarkteinbindung der Staatsgewalt in Sub-Sahara-Afrika ihre Analyse als nationale Erscheinung verfehlt.

Hans-Jürgen Burchardts eigener Beitrag behandelt „Demokratie und Herrschaft außerhalb der OECD“ und vermag die Versprechungen der Einleitung weitestgehend einzulösen. Innerhalb der Demokratieforschung macht er die Orientierung am OECD-Leitbild und als Folge den prozedural-institutionalistischen Demokratiebegriff und die Konzentration auf formale Repräsentanz bei den Akteuren als Quelle eurozentrischer Verengungen des Blicks auf den Gegenstandsbereich aus. Zudem sieht er liberalrepräsentative Demokratiekonzepte aufgrund der offensichtlichen Widerlegung ihrer These einer Konvergenz von politischen Freiheiten und gesellschaftlicher Teilhabe angesichts der Perpetuierung oder gar Vertiefung sozialer Ungleichheit in Lateinamerika bei gleichzeitiger Ausweitung der Demokratie in der Krise. Demgegenüber skizziert er alternative Ansätze in ihrer normativen (*capabilities*, soziale Demokratie) und analytischen Dimension (Abkehr vom westlichen Leitbild und evolutionistischen Vorstellungen), die eine „unvoreingenommene“ (151) Analyse politischer Herrschaft ermöglichen

sollen. Eine solche Analyse würde auch erfassen können, dass auch liberale Demokratie Ungleichheiten legitimieren könne, und sie sähe die „Grauzonen peripherer Demokratien“ nicht als zu korrigierende „Defekte“, sondern als „Felder, ... in denen um die Verhinderung oder Erweiterung gesellschaftlicher Teilhabe gerungen wird“ an (152).

Der zweite Teil des Buches („Welt-politik“) wird eingeleitet durch *Renate Mayntz* („Nachhaltige Entwicklung und Governance – neue theoretische Anforderungen“), die den Ansatz des *long-term policy-design* am Beispiel der Nachhaltigkeit erörtert. Dabei definiert die Autorin Nachhaltigkeit recht eigenwillig als Bündelung der Ziele „Umweltschutz, sozioökonomischer Fortschritt in den Entwicklungsländern und Widerstand gegen den globalen Kapitalismus“ (166). Die Lösung des Problems erfordere „globale Kooperation“, „Handeln von der individuellen bis hin zur globalen politischen Ebene“ (167), was aber erschwert werde durch die Problem- und Interessenstruktur: die Verursacher – genannt werden „Verbraucher, Unternehmen und Investoren“ – zögen Nutzen aus dem Problem der Nichtnachhaltigkeit, seien aber von den negativen Auswirkungen nicht selbst betroffen (hier scheint doch eine gewisse Fokussierung auf Akteure der OECD-Welt vorzuliegen). Dies führe zu starkem Widerstand gegen jede Regulierung, hinzu komme eine unzureichende Problemwahrnehmung (168f). Auf der Grundlage der Annahme rationaler Nutzenmaximierung gelangt Mayntz zu einer skeptischen Einschätzung bezüglich der Verwirklichung eines „Nachhaltigkeitsnetzwerks“ und des Aufbaus institutioneller Anreize zur grundlegenden

Umsteuerung. Als größtes Hindernis jedoch identifiziert sie nicht „die massiven Interessenkonflikte zwischen ungleichen Partnern, sondern die komplexe Natur des Problems“ (177).

Im nächsten Beitrag arbeitet *Kristina Dietz* überzeugend die „Antinomien globaler Klimapolitik“ heraus. Im Wesentlichen vertritt sie drei Thesen: Erstens vernachlässige eine Fokussierung auf institutionalisierte Problemlösungsmechanismen (wie sie sich z.T. im vorhergehenden Beitrag findet) die gesellschaftlichen und kontextspezifischen Rahmenbedingungen des Klimawandels. Diese bestünden in den Nord-Süd-Beziehungen in einer dreifachen Ungleichheit: hinsichtlich der Verantwortung für das Problem, den gesellschaftlichen Vulnerabilitäten und den Möglichkeiten der Emissionsvermeidung. Zweitens seien Thesen von einer globalen Interessenkonvergenz („Menschheitsinteresse“ usw.) verfehlt. Dietz zeigt die divergierenden Interessen auf internationaler und nationaler Ebene auf. Dabei umschifft sie auch die Klippen einer Dichotomisierung der Akteursgruppen (in „Norden“ und „Süden“), indem sie z.B. auf die Reaktion der Association of Small Island States gegenüber der erfolgreichen Abwehr von Reduktionsverpflichtungen für den Süden im Kyoto-Protokoll aufmerksam macht. Drittens illustriert sie, dass im Rahmen der Klimaverhandlungen die Partizipation nichtstaatlicher Akteure aufgrund der „Selektivität der Beteiligten“ und einer „Exklusivität der Governance-Arenen“ (200) nicht unbedingt zu mehr Demokratie (weder im Sinne einer Output- noch einer Input-Legitimation) geführt habe. Ihre demokratietheoretischen Schlussfolgerungen

weisen in dieselbe Richtung wie die Burchardts (Einbezug von Südperspektiven und von gesellschaftlicher Teilhabe).

Der nächste Beitrag von *Noémi Lendvai* und *Paul Stubbs* ist der einzige, der sich explizit mit postkolonialen Theorien auseinandersetzt, was angesichts der anti-eurozentrischen Zielsetzung des Bandes überrascht. Der Ansatz, globale Sozialpolitik aus postkolonialer Perspektive zu untersuchen und dabei Osteuropa als „neuen Süden“ und die mit dem Prozess der EU-Integration einhergehenden Prozesse des „Othering“ zu betrachten, erweist sich als durchaus produktiv. Die Argumentation kann hingegen nicht immer überzeugen, so z.B. im Satz: „Und wenn man bedenkt, dass Globalisierung als ein sozialwissenschaftliches Konzept vor circa 15 Jahren praktisch noch nicht in Gebrauch war, drückt man mit dem Begriff globale Sozialpolitik einen starken ‘Präsentismus’ aus, bei dem Geschichte nur im Kontext des nationalen Raumes oder bestimmter Organisationen vorkommt.“ (222)

Jonas Wolff skizziert anschließend die unterschiedlichen Entstehungskontexte und Karrieren von *Good Governance* und externer Demokratieförderung, bevor auch er die Unhaltbarkeit des „transition paradigm“ und seiner Konzeption von Demokratisierung als linearem Prozess mit dem Endziel liberale Demokratie postuliert. Am Beispiel Boliviens, wo entgegen der Diagnose von Freedom House unter der Regierung Morales deutlich stärker der Wille des Volkes repräsentiert wird, auch und gerade weil institutionelle *checks and balances* ausgehebelt wurden, illustriert er die verkürzte Sichtweise prozedural-institutionalistischer

Demokratieansätze. Problematisch sei auch, dass die liberaldemokratische Sichtweise informelle Formen der Konfliktbearbeitung und Problemlösung im Süden nur als „Defekte“ wahrnehme und die strategische Zielrichtung der Schwächung demokratischer Bewegungen in kontrollierten Demokratisierungsprozessen übersehe. Dabei trage externe Demokratieförderung jedoch nicht nur zur Etablierung formaldemokratischer Systeme bei unveränderten gesellschaftlichen Machtbeziehungen und so zur Perpetuierung globaler Dominanzverhältnisse bei: „Zugleich bieten die so eröffneten Handlungsspielräume sowie das demokratische Versprechen als normative Referenz Opportunitätsstrukturen für eine politische Mobilisierung ‘von unten’, die sich im Sinne einer Substanzialisierung formaler Demokratie nutzen lassen.“ (262)

Im Gegensatz zu den überwiegend politikwissenschaftlichen Beiträgen sind die letzten beiden soziologisch geprägt. *Max Koch* behandelt „Klassen- und Sozialstrukturanalyse in transnationaler Dimension“. Er referiert zunächst die Entwicklung der weltweiten Einkommensungleichheit. Anschließend stellt er das Konzept einer transnationalen kapitalistischen Klasse (TKK) vor und unterzieht dessen Kernthesen einer empirischen Überprüfung. Dabei belegt er eine Zunahme der wirtschaftlichen Macht transnationaler Konzerne und einen Trend zu sie begünstigenden Gesetzgebungen. Ferner bringt er Beispiele für die Universalisierung „TNK[Transnationale Konzerne]-typischer Formen betriebswirtschaftlichen Denkens“ (298). Der Begriff der TKK sei jedoch nur mit Vorsicht zu verwenden.

Boike Rehbein widmet sich ebenfalls der Analyse der globalen Sozialstruktur, z.T. auch in Abgrenzung zu Kochs Ansatz und methodischer Vorgehensweise. Er kritisiert zunächst das eurozentrische Weltbild, das er charakterisiert sieht durch eine ethnozentrische Geschichtsschreibung, Evolutionismus, ein Container-Modell der Gesellschaft, Ökonomismus und einen empirischen Fokus auf westliche Gesellschaften. Die Sozialwissenschaften hätten auf dieser Grundlage ihre eigene provinzielle Perspektive verallgemeinert, erschienen aber eher als eine „europäische Regionalwissenschaft“ (308). Selbst wer diesen Vorwurf noch teilt, wird sich jedoch bei der anschließenden Darstellung vom „Aufstieg des Südens“ fragen, ob angesichts der eher gegenteiligen Entwicklung Subsahara-Afrikas nicht etwas differenziertere Kategorien sinnvoll wären. Der Autor fordert zwar, die globale Sozialstruktur als „Kaleidoskop miteinander verknüpfter Systeme“ (315) zu betrachten, benutzt aber bisweilen selbst dem Container-Modell entsprechende Formulierungen („Noch bilden die Staaten des globalen Südens weder ein gleich starkes Gegengewicht zum Norden noch eine Einheit gegen ihn“, 311). Bemerkenswert sind die empirischen Bezüge zur Gesellschaft in Laos, an denen „Tendenzen der global Sozialstruktur“ Rehbein illustriert: die zunehmende Bedeutung von Netzwerken, die Organisation und die Partikularisierung sozialer Gruppen, die Ausbreitung informeller Arbeit sowie Tätigkeiten entlang partikularer Differenzen.

Insgesamt liegt hier ein interessanter und wichtiger Sammelband vor: Ein Teil der Beiträge vermag tatsächlich auf Blindstellen des Eurozentrismus

aufmerksam zu machen und die sozialwissenschaftliche Debatte voranzutreiben, das Scheitern des anderen Teils an diesem Anspruch ist jedoch fast ebenso relevant und aufschlussreich.

Aram Zia

Simone Rettberg: *Das Risiko der Afar. Existenzsicherung äthiopischer Nomaden im Kontext von Hungerkrisen, Konflikten und Entwicklungsinterventionen* Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik 2009, 317 Seiten

Alle Welt redet von Dürrekatastrophen in Afrika. Nur das davon so arg betroffene Volk der Afar in der ariden, von periodischen Dürren heimgesuchten Tieflandregion im nordöstlichen Äthiopien nicht. Zu diesem überraschenden Ergebnis kommt Simone Rettberg durch ihre Forschungsarbeiten zum „Risiko der Afar“.

Umgang mit Risiken lautet das übergreifende Thema der Analyse. Im Rahmen ihres konstruktivistischen Verständnisses von Risiken interessiert sich die Autorin besonders für den Risikodiskurs der verschiedenen betroffenen und beteiligten Akteure. Der Umgang mit Risiken ist ja in hohem Maße gesteuert durch subjektive Wahrnehmungen objektiver Gefahren. Und diese Wahrnehmung wird – wir alle kennen das im Kontext der Debatten über Klimawandel, Atomenergie, Schweinegrippe oder Straßenverkehr – maßgeblich beeinflusst durch öffentliche Diskurse, welche ihrerseits ein Resultat von gesellschaftlichen Machtverhältnissen sind. Also erscheint es angemessen, sich mit dem Risikoverhalten, den Existenzsicherungsstrategien der Afar

aus diskursanalytischer Perspektive anzunähern. Die Autorin vollzieht diesen Annäherungsprozess in drei Schritten: Zuerst skizziert sie objektivierend den Kontext, d.h. die strukturellen Rahmenbedingungen und deren Veränderung. In einem zweiten Schritt analysiert sie auf Grundlage mehrerer längerer Feldforschungsaufenthalte, während derer sie mit den Afar zusammenlebte, die Risikodiskurse unterschiedlicher lokaler und staatlicher Akteure, bevor sie im letzten Schritt deren Anpassungsstrategien beschreibt. Besondere Beachtung finden dabei die Krisenbewältigungsmaßnahmen des Staates und deren Einfluss auf die lokalen Bewältigungsstrategien.

Bei den Afar handelt es sich um Nomaden. Deren Existenzgrundlage, die mobile Viehhaltung, wurde im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch gravierende Veränderungen der Rahmenbedingungen massiv beeinträchtigt. Die gewaltsame territoriale Expansion der benachbarten Issa-Somali-Nomaden, der die Afar aufgrund einer Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols in Äthiopien wenig entgegenzusetzen hatten, reduzierte den zur Minderung des Dürretrisikos wichtigen Zugang zu den Regenzeitweiden. Zudem führte die rasante Ausbreitung einer in den 1980er Jahren durch die Regierung zwecks Desertifikationsbekämpfung eingeführten Pflanze zur Verringerung der Grasflächen in den Trockenzeitweidegebieten am Awash-Fluss. Hinzu kam die Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft. Durch diese drei Faktoren wurde die insbesondere in Dürrezeiten überlebenswichtige Mobilität der Viehhaltung stark eingeschränkt. Die Verwundbarkeit gegenüber Dürre erhöhte sich deutlich. In der Dürre 2002/03

verloren deshalb die meisten Nomaden einen Großteil ihrer Viehherden. Viele von ihnen mussten die nomadische Lebensweise aufgeben und sich andere Existenzgrundlagen suchen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum nicht die Dürre selbst, sondern die mobilitätsbeschränkenden Faktoren im Zentrum des Risikodiskurses der Afar stehen. In diesem vornehmlich nach außen gerichteten Diskurs sehen sich die Afar als Opfer staatlicher Interventionen. Darüber hinaus gelang es der Autorin einen zweiten, internen Diskurs nachzuweisen. Dessen Gegenstand ist die aus dem sozio-ökonomischen Transformationsprozess resultierende soziale Fragmentierung sowie die damit einhergehende Erosion lokaler Institutionen, verbunden mit zunehmenden internen Konflikten. So waren z.B. viele der Clanführer in der Lage, sich Bewässerungsland anzueignen und aus dessen Verpachtung beträchtliche Einnahmen zu erzielen.

Die Handlungsstrategien der Afar angesichts des Verlustes ihrer bisherigen Existenzgrundlagen sind vielfältig, unterscheiden sich nach Standort, Altersgruppe, Geschlecht und Zugang zu Netzwerken. Gemeinsam ist den meisten die Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen durch eine Diversifizierung der ökonomischen Aktivitäten (z.B. durch subsistenzorientierten Ackerbau, Nutzung nicht-landwirtschaftlicher Einkommensquellen, Lohnarbeit, Migration). Dies ist in der überwiegenden Zahl der Fälle mit einer Aufgabe der nomadischen Lebensform verbunden. Bemerkenswert erscheint dabei, dass die Risikodiskurse nicht primär die real praktizierten Handlungsstrategien zum Gegenstand haben. Sie dienen vielmehr

vor allem der gesellschaftsinternen Stabilisierung und der Bewahrung kollektiver Deutungsmuster der Umwelt (244). Demnach hat der Krisendiskurs eher einen bewahrenden als einen vorwärtsweisenden Charakter, während gleichzeitig Problemlösungen individuell durch praktisches Alltagshandeln gefunden werden.

Diese kurze unvollständige Zusammenfassung der Arbeit deutet bereits darauf hin, dass sie nicht nur als Regionalstudie für Äthiopien spezialisten von Interesse ist. Für diese bietet die Autorin aktuelles, tiefgreifendes und von Verstehen geprägtes Insiderwissen. Darüber hinaus leistet die Untersuchung wertvolle Einsichten zur Debatte um den Untergang der nomadischen Lebensform. Sie kann aufgrund ihrer konsequent diskursanalytischen Herangehensweise zudem den Anspruch auf generelle sozialwissenschaftliche Relevanz erheben. Indem die Autorin methodisch konsequent zwischen Diskurs und objektivierender Darstellung von beobachtbaren Fakten unterscheidet, gelingt es ihr, eine – ebenso verbreitete wie verwirrende – Vermischung beider Sichtweisen weitestgehend zu vermeiden. Die Aggregation der Problemsicht der Interviewpartner wird also nicht als empirisch identifiziertes Problem verobjektiviert. Sie bleibt subjektive Wahrnehmung. Dennoch hat man als Leser das Gefühl, auf Basis der Gesamtheit der Diskursstränge der verschiedenen Akteure, ergänzt durch statistische Daten, eine umfassende und plausible Annäherung an die Realität gewonnen zu haben. Dabei kann die Autorin jedoch nicht ganz leugnen, dass ihre eigene Interpretation der Realität stärker von den Diskursen der Afar als

von denen externer Akteure beeinflusst wurde.

Die große Stärke der Arbeit liegt in der differenzierten Analyse der Risikodiskurse auf lokaler Ebene. Dem stehen kleinere Schwächen, die aber den Wert der Arbeit nicht wesentlich beeinträchtigen, in der verobjektivierenden Analyse des Kontexts gegenüber (z.B. stützt sich die These der Verarmung, die sich durch die ganze Arbeit zieht, allein auf die Abnahme der Viehbestände, ohne die gleichzeitige Entstehung neuer Existenzgrundlagen zu berücksichtigen; entsprechendes gilt für die These der Einschränkung der Handlungsspielräume, die sich allein auf die Potenziale für mobile Viehhaltung bezieht). Auch über den Diskurs und das Handeln der strategisch für das problematische Verhältnis zwischen Nomaden und Staat bedeutsamen Schnittstellenakteure (den Vertretern der Afar in Politik und Verwaltung) hätte man gerne mehr erfahren.

Die Studie trägt wesentlich zum Verständnis des Umgangs lokaler ländlicher Bevölkerungsgruppen mit den Zumutungen von extern verursachten Transformations- und Peripherisierungsprozessen bei. Sie ist zudem klar und gut lesbar formuliert und somit lesenswert für alle, die sich mit ähnlichen Themen befassen.

Theo Rauch

Bas Arts, Arnoud Lagendijk & Henk van Houtum (Hg.): *The Disoriented State. Shifts in Governmentality, Territoriality and Governance*. Dordrecht: Springer 2009, 256 Seiten

Zum Zustand des Staates gibt es in der Globalisierungsliteratur viele

Diagnosen: Die einen sagen, er habe sich zurückgezogen, er sei dünner geworden oder gar tot; andere hingegen sehen keinen Grund zur Sorge, er sei immer noch so präsent und agil wie zuvor. Die Herausgeber und AutorInnen des vorliegenden Bandes fügen dem eine Metapher hinzu: Der Staat sei desorientiert. Zum einen fühle er sich etwas verloren im immer unübersichtlicher werdenden Feld (Stichworte: *up-scaling*, *downloading*, Zunahme der Anzahl relevanter AkteurInnen). Zum anderen sei unklar geworden, wie bestimmte Politikfelder zu bearbeiten seien, wenn sie sich über so viele Ebenen und Akteure erstreckten. Die Doppeldeutigkeit des Begriffs der Desorientierung verbinde politisch-ökonomische, bürokratische und politisch-geografische Entwicklungen, ohne einem Abgang auf den Staat zu verfallen, der Staat sei „(potenziell) so stark wie zuvor“ (247).

Der Sammelband ist ein Ergebnis des niederländischen Forschungsprojekts „Governance and Place“ (GaP) an der *Radboud Universiteit Nijmegen* und an der *Wageningen Universiteit*. Gegliedert ist das Buch in einen Aufriss der Problematik durch die Herausgeber, gefolgt von drei Beiträgen zu Neoliberalismus, *Governance*, Raum und Mehrebenenpolitik international viel diskutierter Autoren (Philip G. Cerny, Neil Brenner, Bob Jessop). Diese theoretischen Arbeiten bereiten die auf die Niederlande konzentrierten Fallstudien zu Grenzen und europäischer Migrationspolitik (Roos Pijpers), regionalen Innovationspolitiken (Arnoud Lagendijk & Frans Boekema), Stadtmarketing und unternehmerischer Stadt (Bas Spierings; Stefan Dormans & Arnoud Lagendijk) sowie Wasser- und Umweltschutzpolitik

(Sander Meijerink & Mark Wiering; Rikke Arnouts & Bas Arts) vor. Der abschließende Beitrag (Bas Arts & Arnoud Lagendijk) leistet die zentrale theoretische Weiterentwicklung, indem er die These vom desorientierten Staat systematisch entwickelt und an die Fallstudien rückbindet. Das Buch ist hervorragend konzipiert, und die Fallstudien sind auch jenseits des niederländischen Kontextes relevant. Die prominente Auseinandersetzung mit den Themen Raum, Planung und Umwelt ist der Herkunft der AutorInnen geschuldet. Interessant wäre eine Überprüfung der Desorientierungsthese an anderen Politikfeldern, in denen Raumfragen weniger offensichtlich sind, zumal die Herausgeber betonen, jedem Politikfeld sei trotz ähnlicher Tendenzen seine eigene Logik inhärent (8).

Gemeinsam ist den Beiträgen die Frage danach, wie Räume zu regieren sind, die sich zur gleichen Zeit globalisieren und lokalisieren (95). So werden in der Grenz- und Einwanderungspolitik (Pijpers) einige Grundsatzentscheidungen auf europäischer Ebene getroffen und gleichzeitig Kompetenzen an die lokale Ebene transferiert (bspw. sollen Standesbeamte sog. Scheinehen aufdecken) bzw. früher hoheitliche Aufgaben an nicht-staatliche Akteure abgegeben (z.B. die Kontrolle von Visa und Pässen durch Transportunternehmen). Dieses Beispiel verdeutlicht zwei zentrale Denkbewegungen des Bandes: Erstens gehören Mikropraktiken (zum Beispiel von StandesbeamtenInnen) zur Analyse von Governanceprozessen dazu, das heißt, *Governance* kommt nicht (allein) „von oben“. Die Rezeption von Michel Foucaults Konzept der Gouvernementalität hat zur Popularisierung dieses Untersuchungsblickwinkels beigetragen.

Zweitens sind verschiedene Ebenen und Akteure eng miteinander verknüpft und tragen zur „Desorientierung“ des Staates bei. Der zweite Punkt wird in den theoretischen Beiträgen unterschiedlich benannt und mit entsprechenden Schwerpunkten diskutiert: *Brenner* entwickelt aus der historisch vergleichenden Perspektive das Konzept des „reskalierten Wettbewerbsstaatsregimes“ (*rescaled competition state regimes*, 44), *Cerny* spricht vom „eingebetteten neoliberalen Konsens“ (*embedded neo-liberal consensus*, 27) und *Jessop* von „multi-skalarer Metagovernance“ (*multi-scalar metagovernance*, 79). Die drei Autoren stimmen beileibe nicht in allen Punkten überein, werden vom Herausgeber team aber herangezogen, um Verschiebungen in den drei von ihnen hervorgehobenen Bereichen Raum, *Governance* und Gouvernementalität in den Fallstudien zu analysieren.

Spannend sind zwei Kapitel, die sich mit dem Scheitern neuer Governanceformen befassen (*Jessop*; *Arnouts & Arts*). Zu Recht kritisieren die Autoren den optimistischen Ton der Debatte, die Annahme nämlich, dass neue, weniger hierarchische und auf mehrere Schultern und Ebenen verteilte Governanceformen effizienter und legitimer seien (202). Konzeptionell und darauf folgend empirisch am Beispiel der europäischen Vogel- und Habitatschutzrichtlinie behaupten *Arnouts & Arts*, das Gegenteil sei der Fall: Mehr Akteure und Zuständigkeitsebenen führten zu Durcheinander, Delegation von Verantwortung, Machtkämpfen, sich widersprechenden Diskursen sowie unklaren Regeln und Verfahrensabläufen. Kurz: die negativen Wirkungen überwogen (210ff).

Fallstudien wie diese lassen auch die These von der Desorientierung des Staates plausibel erscheinen. Einige Beiträge jedoch stellen sie indirekt in Frage. So räumen die drei Theoriekapitel der Wirkmächtigkeit neoliberalen Denkens und Handelns einen zentralen Platz ein. Die Herausgeber setzen sich mit diesem Widerspruch zwar auseinander (Kapitel 11), bleiben jedoch bei ihrer Desorientierungsthese. Dagegen gebe ich zu bedenken, dass staatliche Akteure Desorientierung auch zur Schau stellen können, um von bewusst strategischem Handeln abzulenken. Einige von ihnen, auch auf lokaler Ebene, erscheinen mir durchaus nicht desorientiert, sondern in neoliberales Denken hinein sozialisiert zu sein und versuchen, es politisch möglichst weitgehend umzusetzen. Die Beiträge zu Innovation, Stadtmarketing und lokaler Wettbewerbsfähigkeit zeigen beispielsweise, dass städtische *Governance*, wenn auch in ältere Diskurse und Strukturen eingebettet, längst offen neoliberal geprägt ist. Ein weiterer Einwand gegen die Desorientierungsthese lautet, dass Kontingenz schon immer zum Regieren gehörte, Politiken auch früher nicht immer klar durchgeplant waren, sondern teilweise von Kompromissen und Zufälligkeiten abhingen.

Unabhängig davon, ob man die Desorientierungsthese teilt oder nicht, bietet das Buch spannende Anregungen und Konzeptionalisierungsversuche für die Analyse von *Governance*. Diese Analyse ist in einigen der Beiträge angereichert mit der Foucault'schen Perspektive der Gouvernementalität, die interessanterweise in der Umwelt- und Raumforschung weiter verbreitet ist als in der zu anderen Politikfeldern. Daher sei das Buch auch denen empfohlen,

die an diesen anderen Politikfeldern interessiert sind.

Helen Schwenken

Stephen Ellis & Ineke van Kessel
(Hg.): *Movers and Shakers.*
Social Movements in Africa.
Leiden: Brill 2009, 253 Seiten

Der vorliegende Sammelband ist das Ergebnis eines Workshops im Oktober 2008 am Zentrum für Afrikastudien im niederländischen Leiden. Die Ausgangsfrage der HerausgeberInnen lautet, inwiefern die theoretischen Ansätze der OECD-zentrierten Bewegungsforschung für die Analyse afrikanischer sozialer Bewegungen hilfreich sind. Sie haben dem Buch bewusst keine Definition sozialer Bewegungen vorangestellt. Vielmehr nehmen sie unterschiedliche afrikanische Bewegungen in den Blick, um die Ergebnisse der empirischen Analyse mit den theoretischen Perspektiven abzugleichen.

Der Band umfasst drei theoretische Kapitel und acht Fallstudien von zwölf AutorInnen – darunter nur drei Frauen – von afrikanischen und europäischen Universitäten. Die Fallstudien beziehen sich überwiegend auf den englischsprachigen Raum. Lediglich Mauretanien ist als frankophones Beispiel vertreten, der lusophone Raum fehlt gänzlich. Untersucht werden die Kampagne gegen „Blutdiamanten“ in Sierra Leone (Lansana Gberie), die Islamic Courts Union in Somalia (Jon Abbink), Frauenorganisationen in Liberia (Veronika Fuest), die Demokratiebewegung in Malawi (Boniface Dulani), die Haratine-Bewegung ehemaliger SklavInnen in Mauretanien (Zekeria Ould Ahmed Salem), die nordnigerianische, von einer

Pfingstkirche beeinflusste islamische Bewegung Nasr Allah al-Fathi Society of Nigeria (Benjamin Soares), die süd-afrikanische United Democratic Front (Ineke van Kessel) sowie studentische Geheimgesellschaften („Campus Cults“) in Nigeria (Stephen Ellis).

Jacqueline van Stekelenburg und Bert Klandermans geben in ihrem theoretischen Beitrag einen komprimierten Überblick über die Ansätze der Bewegungsforschung. Die konzeptionellen Kapitel der HerausgeberInnen sowie von Adam Habib und Paul Opoku-Mensah stellen einen besonderen Gewinn für die Debatte dar, da es bislang kaum theoretische Literatur zu sozialen Bewegungen in Afrika gibt. Ellis und van Kessel skizzieren die spezifischen Rahmenbedingungen, unter denen diese Bewegungen agieren. Sie verweisen auf den großen Einfluss internationaler Akteure und die finanzielle Abhängigkeit von den Gebern – entweder direkt oder mittelbar durch lokale NGOs. Trotzdem sei es ein „grundlegender Fehler, in diesen Bewegungen nicht mehr zu sehen als den verlängerten Arm westlicher NGOs“, denn „organische Intellektuelle in Afrika haben gelernt, das System zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen“ (5). Ein Spezifikum der Bewegungen sei die große Bedeutung der Diaspora. Auch ihr Verhältnis zum Staat stelle einen wichtigen Aspekt der Analyse dar.

Die Republik Südafrika stellt einen Sonderfall dar: An der University of KwaZulu-Natal wurde das einzige größere Forschungsprojekt zu afrikanischen sozialen Bewegungen durchgeführt. Zwei Jahre lang analysierten über 20 ForscherInnen insgesamt 17 südafrikanische Bewegungen und Organisationen. Habib und Opoku-Mensah entwerfen

in ihrem Beitrag aufbauend auf die Projektergebnisse eine Typologie der Bewegungen entlang der Themen, um die sich ihr politisches Engagement formiert: Verteilungspolitiken wie etwa die Privatisierung von Wasser und der Zugang zu Medikamenten; Landrechte; Arbeitsbeziehungen; Umwelt; Diskriminierung von Frauen, von Flüchtlingen und wegen sexueller Identitäten; weltwirtschaftliche Strukturen und kapitalistische Globalisierung. Sie betonen, die Unterscheidung von „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen sei für den afrikanischen Kontext nicht passend. Südafrika hebe sich als „Hybridform von postindustriellen und Entwicklungswelten“ (S. 46) von anderen afrikanischen Staaten ab. Diese Sonderrolle analysieren die Autoren jedoch nicht weiter. Zudem ist zweifelhaft, ob die von ihnen entwickelte Typologie für den Kontinent insgesamt gelten kann. Denn außer auf Südafrika richten Habib und Opoku-Mensah ihren Blick nur auf einige große, ehemals britisch kolonisierte Länder: Kenia, Simbabwe, Sambia und Nigeria. Die historisch-politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen für soziale Bewegungen etwa in Togo, Kongo oder Angola sind jedoch andere. Hier spiegeln sich die kolonial geschaffenen Sprachbarrieren wider, die bis heute in den Afrikastudien wirksam sind.

Deutlich wird die Bedeutung religiöser Bewegungen, so in den Beiträgen von Abbink und Soares. Religion sei einer der Gründe, warum die Bewegungsforschung dem afrikanischen Kontinent kaum Beachtung schenke, stellt Soares fest. Sie könne aber viel gewinnen, wenn sie religiös motivierte Bewegungen in ihre Analysen einbeziehe.

Einer kritischen Auseinandersetzung bedarf die Frage der Vereinnahmung der Bewegungen durch internationale Geber und NGOs. So erläutert Gberie in seinem Beitrag, dass die Kampagne gegen „Blutdiamanten“ international als Projekt von Nord-NGOs wie der britischen Global Witness wahrgenommen werde, ursprünglich aber von Sierra Leone ausgegangen sei. Die Arbeit der lokalen Gruppen sei unbeachtet geblieben, während Global Witness sogar für den Friedensnobelpreis 2003 vorgeschlagen wurde.

Afrikanische soziale Bewegungen markieren eine Leerstelle in der Forschung. Ein Buch allein kann diese Lücke nicht schließen. Der Sammelband tut aber einen ersten Schritt in diese Richtung und gibt einen Anstoß für eine wichtige Debatte. Die im Einleitungskapitel formulierte Frage, ob soziale Bewegungen in Afrika sich grundlegend von denen in Europa und den Amerikas unterscheiden, lässt sich noch nicht beantworten. Die Desiderata, die sich beim Lesen des Buches auftun, verweisen weniger auf dessen Schwächen als vielmehr darauf, welcher Weg noch zu gehen ist.

Bettina Engels

Lisa Ann Richey: *Population Politics and Development. From the Policies to the Clinics*. New York: Palgrave Macmillan 2008, 269 Seiten

Postdevelopment-Analysen von Macht-Wissens-Komplexen in der Entwicklungspolitik sehen sich oftmals dem Vorwurf ausgesetzt, den Handlungsspielraum von AkteurInnen nicht ernst zu nehmen und voreilig von der Analyse internationaler entwicklungspolitischer

Diskurse auf deren Effekte zu schließen. So schlussfolgert Jon Harald Sande Lie in einer Bestandsaufnahme zu *Postdevelopment*-Ansätzen: „Während der Entwicklungsdiskurs eine formale Ordnung von Entwicklung widerspiegelt, ist das, was bei dessen Einsatz in der Begegnung mit anderen Wissenssystemen passiert, eine rein empirische Frage.“ (Lie 2007: 58) Das vorliegende Buch liest sich wie eine Reaktion auf diese Feststellung: In zweijähriger Forschung in Tansania untersuchte die US-amerikanische Autorin, die an der *Roskilde Universitet* in Dänemark arbeitet, sowohl den Einfluss globaler Bevölkerungsdiskurse auf nationale Politik als auch den Umgang der MitarbeiterInnen und KlientInnen lokaler bevölkerungspolitischer Projekte mit nationalen und internationalen Richtungsvorgaben.

Lisa Ann Richey versteht die theoretische Ausrichtung ihrer Arbeit als eine Kombination aus poststrukturalistischer Dekonstruktion und feministischer politischer Ökonomie. Sie situiert die weitgehend technokratisch ausgerichteten Familienplanungsprogramme, deren Repolitisierung anstrebend, innerhalb der globalen politischen Ökonomie: Diese setzt sich ihrer Ansicht nach aus reproduktiven, produktiven und virtuellen Ökonomien zusammen (7f). Man müsse in Anlehnung an Michel Foucault moderne Verhütungsmittel als die ultimativen Sex-Technologien und den internationalen Bevölkerungsdiskurs als einen Apparat verstehen, der durch die Konstruktion, Kontrolle und Regulierung von Körpern operiere (9). In diesem Diskurs ringen drei Narrative um Vorherrschaft: Demographie, Entwicklung und – seit der Kairo-Konferenz 1994 – Feminismus (17-22).

Tansania verfügt erst seit 1992 über eine offizielle *National Population Policy*. Wie es dazu kam, zeichnet Richey im zweiten Kapitel nach: von impliziten bevölkerungspolitischen Maßnahmen nach der Unabhängigkeit über den Widerstand gegen die internationale Bevölkerungsagenda in den 1970er Jahren bis hin zum graduellen, strategischen Einlenken in Richtung globalem Diskurs auf Druck von UNFPA, Weltbank und USAID seit den 1980ern. Sie stellt heraus, dass sich dieser Prozess in einem Spannungsfeld zwischen dem auf eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums konzentrierten Interesse der „Geber“ und dem Streben nach „Entwicklung“ bei gleichzeitiger Ablehnung expliziter geburtenreduzierender Maßnahmen auf Seiten der tansanischen Regierung und Öffentlichkeit bewegte. Dies sei in dem endgültigen Schriftstück erkennbar, welches eine strategische Ambiguität auf Regierungsseite erkennen lasse, die es ermögliche, sowohl der tansanischen als auch der globalen Audienz gerecht zu werden.

Wie man von dieser Ambiguität auf der *Policy*-Ebene dazu kam, Familienplanung als die einzige Lösung für das „Problem“ Bevölkerung zu propagieren, behandelt Kapitel drei. Hier wendet sich die Autorin der Implementierungsseite und der Entstehung des *National Family Planning Programme* zu, „der Verkörperung des globalen Bevölkerungsdiskurses im tansanischen Kontext“ (72). Zusätzlich zeigt sie, wie UMITA, die erste und wichtigste tansanische Familienplanungs-NRO, mit der staatlichen Politikänderung ihr Arbeitsfeld allmählich an die Regierung verlor und in kontroversere Felder wie Vasktomie

ausweichen musste. Zu guter Letzt stellt sie fest, dass das Programm in Bezug auf Verhütungszahlen und Geburtenraten sein Ziel zwar erreichte, aber andere Bereiche von reproduktiver Gesundheit, die „Gebern“ nicht so wichtig waren, durch die enge Fokussierung auf Familienplanung vernachlässigt wurden.

Im Anschluss untersucht Richey in einer Fallstudie das von UMITA durchgeführte *Integrated Project on Family Planning, Nutrition and Parasite Control*, um zu analysieren, wie globaler Bevölkerungsdiskurs und lokale Politik zusammenwirken. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich entgegen der neoliberalen Auffassung des entwicklungspolitischen Establishments, die sie als kongruent und synergetisch wirkend verklärten und entpolitisierten, die demographische, die entwicklungsorientierte und die feministische Agenda gegenseitig ausschließen. So sei die feministische nicht umzusetzen, wenn sie als Nebenprodukt von Familienplanung und Entwicklungsagenda konzipiert werde, denn letztere verfestigten eher bestehende Hierarchien und Geschlechterverhältnisse. Obwohl das UMITA-Projekt vorgeblich alle drei Agenden integriert, diene die Entwicklungsagenda lediglich dem Zugang zur lokalen Bevölkerung: Sie werde in dem Moment fallen gelassen, in dem Ressourcen knapp werden bzw. Familienplanung bereits Akzeptanz gefunden hat.

Im folgenden Kapitel untersucht die Autorin die Aktivitäten in mehreren tansanischen Krankenhäusern, „[um] zu verstehen, inwiefern Vorstellungen von Moderne in Familienplanungsprogrammen weibliche Körper als ‘traditionell’ und ‘modern’ konstruieren, wie diese diskursiven Ungleichheiten

materielle Disparitäten reflektieren und aufnehmen und wie diese Logiken in der Weise, in der sich Frauen selbst und gegenseitig konstruieren, wirksam werden“ (137f). Die Aussage „traditionelle Verhütungsmethoden sind verlorenes Wissen“ werde von externen und tansanischen ImplementiererInnen des Familienplanungsprogramms genutzt, um Bevölkerungspolitik als etwas, das in Tansania schon immer praktiziert worden sei, zu legitimieren und somit moderne Kontrazeptiva als zeitgenössische Entsprechungen zu propagieren (142f). Richey hebt hervor, dass die Gegenüberstellung „moderne“ versus „traditionelle“ Verhütungsmittel, die die Diskurse von „Gebern“ und ImplementiererInnen durchzieht, für NutzerInnen von Kontrazeptiva wenig Bedeutung habe: kontrollierte, gestaffelte Geburten seien für diese „modern“; wie diese erreicht würden – ob mittels „traditioneller“ oder „moderner“ Methoden –, sei für Selbst- und Fremdwahrnehmung nebensächlich.

Wie wenig die Annahmen des internationalen Bevölkerungsdiskurses auf tatsächliche Praktiken zutreffen, führt die Autorin im letzten Kapitel vor Augen: „Moderne“ Verhütungsmethoden werden selbst in Familien, in denen sie Anwendung finden, strategisch und sporadisch dazu eingesetzt, gesunde Kinder zu bekommen und das Wohlbefinden der Mütter zu gewährleisten, aber nicht unbedingt, um die Zahl der Kinder zu verringern.

Dies führt die Autorin zu dem Schluss, dass im nationalen und lokalen Kontext die demographische Agenda weiterhin hegemonial ist, auch wenn in den internationalen bevölkerungspolitischen Zirkeln seit einiger Zeit „Entwicklung“ und

Gesundheit im Mittelpunkt der Debatten stehen. Reproduktive Gesundheit als kritisches menschenrechtspolitisches Konzept werde von „Gebern“ nicht substantiell unterstützt. Gleichzeitig absorbiere das Thema HIV/AIDS international, national sowie lokal Ressourcen und Personal, welche vordem mühsam in Richtung eines holistischen Ansatzes von reproduktiver Gesundheit gelenkt worden seien (218). International werde Afrika zu einem Sonderfall gemacht, in dem die „Bevölkerungstransition“ noch nicht stattgefunden habe und dessen Bedürfnisse vor allem kontrazeptiver Natur seien.

Richey hat in zugänglicher Sprache ein ausgesprochen lesenswertes Buch vorgelegt, welches aufgrund der Vielfalt der methodischen Zugänge (Publikationen, Interviews, Beobachtung und statistische Erhebungen) und der Betrachtung unterschiedlicher Handlungsebenen sowohl eine Reihe von akademischen Disziplinen als auch PraktikerInnen der Entwicklungspolitik und des Gesundheitswesens ansprechen dürfte. Ohne theoretisch auf die Analyse von *Interfaces* einzugehen, exemplifiziert sie das Potenzial einer solchen Perspektive, welche von einer permanenten Aushandlung von Bedeutung in der Interaktion von AkteurInnen und unterschiedlichen Ebenen ausgeht. Die Studie ist klar aufgebaut und gewinnt ihre Lebendigkeit durch die Einstreuung von „Intermezzi“ aus persönlichen Begegnungen. Darin liefert Richey drei Momentaufnahmen ihrer Forschung: das Gespräch mit einer Mitarbeiterin des tansanischen Gesundheitsministeriums; die Teilnahme an einem international besetzten Workshop; und ihr Versuch, einem Kind aus der Nachbarschaft zu

einer Malaria-Behandlung zu verhelfen. Besonders in den ersten beiden Intermezzi führt sie wunderbar die Widersprüche zwischen Geber- und Empfängerinteressen und zwischen verschiedenen Finanzierungsschwerpunkten vor Augen. Gleichwohl ist es bedenklich, wenn sie darin als Allwissende und über allem Stehende erscheint: Gerade von einer feministischen Arbeit hätte ich erwartet, dass sie die Situiertheit und Beschränktheit von Wissen herausstellt. Auch wenn theoretischer Rahmen und empirische Forschung grundsätzlich gut integriert wirken, gilt dies nicht für Richeys politökonomische Perspektive. Diese greift die Autorin erst in der Schlussfolgerung kurz wieder auf, so dass deren erkenntnisfördernder Wert für die Arbeit bezweifelt werden muss. In einer Neuauflage würde ich mir zudem noch ein Abkürzungsverzeichnis wünschen.

Daniel Bendix

Literatur

Lie, Jon Harald Sande (2007). „Post-development and the discourse-agency interface“. In: Ziai, Aram (Hg.): *Exploring Post-Development. Theory and Practice, problems and perspectives*. London & New York, S. 47-62.

Raúl Zibechi: *Bolivien – Die Zersplitterung der Macht*. Hamburg: Edition Nautilus 2009, 192 Seiten

„Die Bolivianer“, schreibt John Holmoway, „haben das alte Regime nicht mittels Wahlen gestürzt, nicht mittels Parteien, sondern einfach, indem sie die Stärke der Gemeinschaft gegen die des Staates gestellt haben.“ Diese Analyse, die der libertäre Politikwissenschaftler hier im Vorwort zu Raúl Zibechis

neuem Buch vorlegt, muss irritieren: Schließlich geht es um das Land, in dem die „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) sich als Partei formiert und dann mittels Präsidentschaftswahlen am 18. Dezember 2005 die Staatsmacht übernommen hat.

Dass Holloway dennoch nicht komplett daneben liegt, ergibt sich aus der Lektüre des Buches. Die Zersplitterung der Macht ist das Prinzip, das der Autor, Journalist und Sozialwissenschaftler, in den basisdemokratisch organisierten Kämpfen in der Stadt El Alto bei La Paz ausmacht. Über Jahre hätten die meist der ethnischen Gruppe der Aymara zugehörigen Mitglieder der Bewegung Formen des sozialen und politischen Kampfes entwickelt, die in Nachbarschaftsversammlungen organisiert und damit im Alltag der Menschen verankert seien. Gerade diese Verankerung sei es gewesen, die die Bewegungen in den Kämpfen gegen die Privatisierung der Wasser- (2000) und der Gasversorgung (2003) so erfolgreich gemacht habe. Ziel sei dabei „die gesellschaftliche Macht, nicht der Staat“ (66) gewesen. Auch weil die Erfolge dieser Bewegung zum Wahlerfolg von Evo Morales beigetragen haben, kritisiert Zibechi die Rolle, die der Partei statt den Bewegungen seit der Regierungsübernahme eingeräumt wurde. Eine „hervorragende Chance zur Erprobung und Entwicklung einer neuen politischen Kultur“ (158) sei damit verspielt worden.

Der Autor zeigt überzeugend auf, dass das, was von außen als städtebauliches wie auch soziales „Chaos“ wirke, viel besser als Ergebnis der „zerstreuenden Aktivität der Aymara“ (57) begriffen werden könne. Durch diese Aktivität seien repräsentative Machtformen

verhindert worden, in denen Wenige über Viele bestimmen. Zibechi jedenfalls zeichnet ein faszinierendes Bild von sozialen Gemeinschaften, in denen Eigentum und Verwaltung nicht getrennt aufträten und in denen über gemeinsame Belange auch gemeinsam entschieden werde. Die Zersplitterung, beispielsweise in Form kleinerer Nachbarschaftsversammlungen bei größer werdender Einwohnerzahl, erscheint dabei gerade nicht als Schwäche, sondern als Stärke der Bewegung. Zugleich verdeutlicht der Verfasser unmissverständlich, dass diese Gemeinschaften keine archaischen Gruppen auf ethnischer Grundlage sind. Denn 90 Prozent der heutigen EinwohnerInnen lebten noch nicht viel länger als 30 Jahre in der Stadt El Alto. Die Gemeinschaften hätten sich also als im Alltag verankerte soziale Bewegungen neu erfunden.

Als Modell für hiesige Kämpfe eignen sie sich dennoch kaum. Zibechi betont die gemeinsame Geschichte ihrer Mitglieder: jeweils Fabrik-, Minen- oder Landarbeiterfamilien aus derselben Region seien ins gleiche Viertel gezogen. Die Vorstellung, mit den Leuten aus der jeweiligen Herkunftsregion eine Bewegung zu bilden, dürfte den meisten metropoliten Linken Westeuropas wohl eher als Albtraum denn als die aufziehende Morgenröte des Kommunismus erscheinen.

Leider entwickelt Zibechi aus dem Beschriebenen dann doch ein Modell. Der Kommunismus, so Zibechi in Anlehnung an Marx, sei „potenziell in der kapitalistischen Gesellschaft vorhanden.“ Diese Potenzialität müsse entfaltet werden. Die Gemeinschaft eigne sich dazu sehr gut, denn sie sei eine „Form der Beziehung zwischen

Menschen“ (29), die man zugleich – statt der Partei – als Organisationsform denken könne. Deshalb gelte es, die sozialen Beziehungen überall neu zu gestalten. Aber wie? Beispielsweise müsse die Bewegung einen Zeitbegriff entwickeln, der nicht den „Rhythmen des Systems“, sondern „internen Rhythmen“ folge (19). Aber was sollte das für AkteurInnen in einer differenzierten modernen Gesellschaft bedeuten? Abläufe, Routinen, „Rhythmen“ einer nach Verwertungskriterien organisierten Zeit ziehen sich schließlich durch alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Schwer vorstellbar, davon etwas originär „Eigenes“ abzugrenzen – gerade weil man die bestehenden Zeitabläufe längst zu seinen eigenen gemacht hat.

Selbst wenn man der Notwendigkeit, die sozialen Beziehungen neu zu gestalten, im Allgemeinen noch zustimmen muss, sind die Konsequenzen, die Zibechi daraus zieht und als Vorschläge unterbreitet, durchaus fragwürdig: Zum einen erschließt sich keineswegs von selbst, warum diese Neugestaltung außerhalb von El Alto in der von Zibechi vorgesehenen Form der Gemeinschaft vonstatten gehen sollte. Zweifel sind hier nicht nur deshalb angebracht, weil dies angesichts der beschriebenen Spezifika anderswo höchst unwahrscheinlich ist, sondern auch, weil die Form der Gemeinschaft selbst Ausschlussmechanismen und Homogenisierungen produziert, die nicht immer mit emanzipatorischen Ansprüchen zu vereinbaren sind. Und zum anderen ist anzuzweifeln, ob sich die Zuschreibung einer gewissermaßen immanenten Rebellion zu bestimmten gesellschaftlichen Sektoren noch halten lässt.

Denn neben der Frage nach dem Wie stellt sich schließlich eine weitere entscheidende Frage: Wer? Die Behauptung, die „Mobilisierung der Armen“ habe „einen aufständischen Charakter“ (25), lässt sich vielleicht für das eine oder andere lateinamerikanische Land aufstellen. In West- und Mitteleuropa aber, wo die unteren Klassen nicht erst in der jetzigen Krise, ob in Österreich, Ungarn oder Großbritannien, nationalistische Parteien stärken, ist dies kaum nachvollziehbar. Dass die „Handlungskapazität von unten“ (25) das Instituierte zersetzt, wie Zibechi meint, ist keinesfalls selbstverständlich. All die Bemühungen von Antonio Gramsci bis Pierre Bourdieu, die Formen des Einverständnisses mit den herrschenden Zuständen – von der passiven Gewöhnung bis zum aktiven Konsens – begreiflich zu machen, sprechen eine andere Sprache. Das Vertrauen in die schlummernde Revolte der „Volksmassen“ (161) ist bei Zibechi hingegen ungebrochen – wie im Übrigen auch bei John Holloway.

Jens Kastner

Cihan Tuğal: *Passive Revolution – Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism*. Stanford: Stanford University Press 2009, 320 Seiten

In den 1990er Jahren stand das politische System der Türkei vor einer islamistischen Herausforderung. Säkulare Kräfte bekämpften den wachsenden Einfluss von Islamisten auf die im Zuge neoliberaler Politik verarmten und in informelle Beschäftigungsformen gedrängten Bevölkerungsschichten. Ökonomische Krisen und Korruptions-skandale erschütterten die Glaubwürdigkeit etablierter Parteien. Versuche,

unter Ausschluss des politischen Islam langfristig regierungsfähige Koalitionen zu schmieden, scheiterten. Erst mit der Bildung der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP gelang eine politische Stabilisierung und die islamistische Mobilisierung nahm ein Ende. Erstaunlich, denn – so der Soziologe Cihan Tuğal – unter der seit 2002 regierenden AKP erreichten „Arbeitslosigkeit und Armut neue Ausmaße“ (7), während informelle Beschäftigungsformen zunahmen. Die von „islamistischen Aktivisten wie auch rigiden Säkularisten angenommene Kontinuität von der islamistischen Partei zur AKP“ (7) stelle sich überdies bei näherer Betrachtung als Bruch dar. Weshalb sie dennoch die Zustimmung der Subalternen für die Fortführung der unpopulären Politik erhielt und einen islamistischen Appeal bewahrte, ist die Ausgangsfrage seiner Untersuchung.

Die in einem Randbezirk Istanbuls durchgeführte ethnographische Studie zeichnet den Wandel von einer anti-säkularen, anti-westlichen und anti-kapitalistischen islamistischen Bewegung zu einem stabilisierenden und vitalisierenden Element säkularer Ordnung mit prowestlicher und neoliberaler Politik nach. Zwei Feldforschungsphasen im Abstand von vier Jahren, bei denen Tuğal am Alltagsleben der Subalternen teilnahm, bilden die empirische Grundlage für die Rekonstruktion von Prozessen, die zu diesem Wandel führten. In Anlehnung an Antonio Gramscis Konzept der passiven Revolution entwickelt der Autor einen hegemonietheoretischen Rahmen, ergänzt durch Theorien des Alltags, des Raums und der Autorität. Das empirische Material analysiert er mittels diskurs- und praxistheoretischer

Ansätze. Dieser Analyse schickt er eine systematische Diskussion des Forschungsstands sowie einen Überblick über die Entwicklung des Verhältnisses von säkularem Staat und islamistischer Bewegung voraus. Er konstatiert als Ausgangslage eine nach dem Militärputsch 1980 einsetzende umfassende Krise der „säkularen Hegemonie“, die auf „einem spezifischen Parteien-System, der Etablierung bürokratischer Autorität, der Konstruktion einer türkischen Nation, der Säkularisierung des Islam, der Kreation einer urbanen Identität und der Entwicklung von Korporatismus“ (36) beruhte. Aus Erzählungen von Bewohnern des Bezirks rekonstruiert er, wie die Krise dieser Elemente im alltäglichen Zusammenleben erfahren wurde und islamistische Mobilisierung sich als Antwort entfalten konnte. Durch enorme Migration aus allen Landesteilen, informelle Besiedlung und Arbeitsformen gekennzeichnet, sei ein viel beachteter Gegenentwurf zum existierenden Staat entstanden. Islamistische Assoziationen und Netzwerke begannen, das Leben zu regulieren, entwarfen alternative Visionen, Lebensstile, Räume und ökonomische Beziehungen. Mit dem strategischen Konzept der „integralen Religion“, einem allumfassenden Islam, versuchten radikale Islamisten, die die Legitimität des Nationalstaates und die Autorität der islamistischen Partei ablehnten, die zivilgesellschaftliche Transformation mit einer politischen – „Konstruktion alternativer Autoritätsmuster und politischer Führung“ (60) – zu verknüpfen. Die islamistische Wohlfahrtspartei habe indessen in ihrer Funktion als Kommunalregierung „Doppelmacht“ institutionalisiert – „eine Situation, in der Keime

eines zweiten Staats neben dem bestehenden gelegt wurden“ (14). Tuğal legt dar, wie die Partei als Schnittstelle und Puffer zwischen säkularem System und radikalen Islamisten fungierte, indem sie einerseits innerhalb der Grenzen des Systems operierte, andererseits im Sog der Radikalen die schrittweise Islamisierung aller Lebensbereiche mit vollzog, bis schließlich 1997 das Militär die aufkeimende neue Gesellschaft gewaltsam zerschlug. Die anschließende mehrjährige Phase der Repression, in der auch die Partei verboten wurde, sei durch Frustration und Desorientierung unter den Aktivisten geprägt, während die Bewohner zwar gegen Staat und neoliberale Politik protestierten, politisch jedoch führungslos geworden waren. Eine überraschende Kehrtwende habe die Phase der Konfusion mit der Bildung der AKP genommen. Anhand von Interviews und detaillierten Schilderungen des Alltagslebens rekonstruiert Tuğal, wie es gelang, radikale Islamisten mit ihren Diskursen und Praktiken in die AKP zu integrieren und dadurch kapitalistische Markt- und Arbeitsbeziehungen – begünstigt durch eine ökonomische Aufschwungphase – unter den Subalternen zu naturalisieren. Obwohl die Integrierten auf die staatstreue, konservativ-neoliberale Linie der AKP, identisch mit der des anatolischen Unternehmerverbands, eingeschwenkt waren, hielt sich in der Bevölkerung der Glaube an ihren Radikalismus. Diesen Vorgang bezeichnet Tuğal als Rekonstitution von Hegemonie durch „Absorption einer radikalen Herausforderung des Systems“ (5), als passive Revolution. Zwei Entwicklungen gefährdeten den Fortgang: Erstens werde mit der Rekonstitution des Nationalismus durch die

AKP die kurzfristig aufscheinende Überwindung der türkisch-kurdischen Spaltung durch Vereinigung in einer islamischen Gemeinschaft hinfällig; zweitens nutzten neue Radikale die Gestaltungsräume, um die „integrale Religion“ wiederherzustellen.

Tuğals abschließende Vergleiche des politischen Islams in Ägypten und dem Iran mit dem in der Türkei bleiben schematisch, da er hierzu nicht auf ähnlich reichhaltiges empirisches Material zugreifen kann. Seinen Beitrag zur methodischen Operationalisierung und theoretischen Rekonstruktion gramscianisch angeleiteter Forschung schmälert dies nicht. Die in einem spezifischen Kontext auf lokaler Ebene beobachteten und analysierten Vorgänge sind zwar nicht verallgemeinerbar, eröffnen jedoch neue Perspektiven auf Hegemonie und politischen Islam in der Türkei.

Errol Babacan

Gaspard Dünkelsbühler: *Chronik eines weitgehend normalen Afrikaaufenthalts. Ruanda 1976-1980. Reisen an der Peripherie. Tagebücher, Briefe, Anmerkungen.* Stuttgart: ibidem – Edition Noëma 2008, 1130 Seiten

Der Autor, ein deutscher Jurist, war von 1970-1997 für den Europäischen Entwicklungsfonds in sechs afrikanischen Ländern und in Pakistan tätig, meistens als „Delegierter“ mit Botschafterrang. Er hat dabei stets über seine Eindrücke und Erfahrungen reflektiert und über einige seiner Gastländer höchst informative Bücher verfasst. Das hier besprochene Buch ist nun sein Opus Magnum, das zwar – dies sei vorausgeschickt – um die Jahre in Ruanda kreist, aber auch

Abstecher in andere Länder südlich der Sahara (deshalb „Reisen an der Peripherie“) umfasst und insofern paradigmatisch für diesen Teil Afrikas steht.

Wie ist dieser ausnehmend umfangreiche Band angelegt, und was will er dem Leser vermitteln? Was bleibt zurück, wenn man sich „durchgelesen“ hat, was einige Anstrengungen erfordert? Dünkelsbühler gibt in seinem Vorwort mehrere Gründe an, warum er dieses Werk verfasst hat, ja verfassen musste. Er will zum einen über die Ziele und die Praxis der europäischen Entwicklungspolitik berichten, „um aus ihnen zu lernen“ (29), wobei ihn eine zentrale Frage umtreibt, die er ohne Umschweife so formuliert: „Warum hat es Afrika nach 50 Jahren europäischer Entwicklungshilfe nicht weiter gebracht?“ Dies ist in der Tat eine Frage, die man sich seit einigen Jahren stellen sollte, bevor man Afrika weitere beträchtliche Mittel aufdrängt, deren mittel- und unmittelbare Entwicklungswirkungen unter Umständen in keiner Weise gesichert sind. Also erwartet der Leser aus diesem Buch Anregungen, ja empirisch gespeiste Handlungsempfehlungen, wie die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika anders – sprich: besser – gestaltet sein sollte. Wird diese Erwartung eingelöst?

Einen weiteren, bescheidenen Antrieb, diese vielen Seiten zu verfassen, formuliert der Verfasser so: „Die Dinge werden vergessen, wenn sie nicht dokumentiert werden“ (29). Dies hat ihn dazu veranlasst, regelmäßig Tagebuch zu führen. Diese Aufzeichnungen sind das Substrat für das Buch. Dies drückt sich auch in der chronologischen Gliederung des Bandes aus: „Jahr Eins“ bis „Jahr Fünf“.

Was erfährt man also aus diesem Werk? Sehr viel über die alltäglichen Bedingungen, unter denen ein Europäer in einem Land wie Ruanda lebt; Einiges über die konkreten Projekte des Europäischen Entwicklungsfonds; zusätzlich auch verstreute Anmerkungen des Autors über den Sinn seiner Arbeit im Kontext Afrikas. Die erstgenannten Aspekte stehen eindeutig im Vordergrund: die unter Diplomaten üblichen gegenseitigen Einladungen; der Umgang mit dem Personal (und dessen Eigenheiten) sowohl im Büro wie auch im eigenen Haushalt; die Unzulänglichkeiten der jeweiligen Fluglinien; die „Kulturlosigkeit“ (mit europäischen Augen gesehen!) der Umwelt; selbst ein Hinweis darauf, dass es in Kigali keinen „Friseur für Ausländer“ gab (134). Dies ist teilweise recht amüsant zu lesen, besonders für Leser, die selbst in Afrika gelebt haben bzw. Ruanda aus eigener Anschauung kennen. Dabei entdeckt man auch bekannte Namen, die allerdings von Dünkelsbühler in der Regel nur in abgekürzter Form genannt werden.

Aber was kann die jüngere Generation mit diesen Anekdoten anfangen, wie wird sie das Aufgeschriebene interpretieren? Sind das die Probleme eines Botschafters, der ja in Status und Mittelausstattung hoch über der Bevölkerung des Gastlandes steht?

In einem zweiten Themenfeld reflektiert Dünkelsbühler über die Projekte, die vom Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wurden: Bau eines Kraftwerkes, Förderung des Tee- und Pyrethrum-Anbaus (neben etwas Kaffee die einzigen Exportprodukte des Landes), Bau einer Landwirtschaftsschule und einer Lehrerbildungsanstalt

usw. Hieran wird durchaus klar, was die Handlungsfelder des Europäischen Entwicklungsfonds lange ausmachte: materielle Infrastruktur, produktive Investitionen, Bauten für Gesundheits- und Erziehungswesen. Dünkelsbühler geht jedoch kaum darauf ein, was aus diesen Investitionen geworden ist (Breitenwirksamkeit? Nachhaltigkeit?) oder wie aus heutiger Sicht diese Schwerpunktsetzung zu bewerten ist. Er ist Brüssel auch im Ruhestand durchaus loyal geblieben.

Dies gilt jedoch weit weniger für das Verhältnis zu seinen Gesprächspartnern im Gastland. Viele traten mit fadenscheinigen Begründungen für eingetretene Verzögerungen fast nur als Bittsteller auf, nicht als Partner mit eigenständigen Ideen und Projekten. Was diese Thematik angeht, so lässt sich Dünkelsbühler sogar zu einem recht kräftigen Statement hinreißen: „Ich habe immer noch Vertrauen in einige afrikanische Staatschefs und Minister, in andere aber nicht, wieder andere halte ich für Gauner oder sogar für Verbrecher. Die beiden letzten Kategorien schreien nach meiner Erfahrung am lautesten auf, wenn man auf der Kontrolle unserer Entwicklungshilfe besteht.“ (482). In diesem Satz kulminiert m.E. die Frustration eines Entwicklungsmanagers, der gleichzeitig Diplomat sein muss. Sind dies nicht zwei Rollen, die sich diametral widersprechen? Was muss dies für die Effizienz jeder Art von „government to government cooperation“ bedeuten?

Eine Frage liegt Dünkelsbühler aber auf der Seele: Hätten wir Europäer erahnen können bzw. müssen, dass sich in Ruanda etwas zusammenbraute, was schließlich im Genozid des Jahres 1994 explodierte? Nichts deutete seiner

Auffassung nach darauf hin (auch in den 1980er Jahren nicht), obwohl der Geheimdienst des Präsidenten Habyarimana sicher längst wusste, dass ein Einmarsch in Uganda vorbereitet wurde.

Dünkelsbühlers Mammutwerk stellt hohe Anforderungen an die Geduld des Lesers, ist aber reich an Einsichten, Anekdoten und Reflexionen, die nicht nur für Zeitgenossen von Interesse sind.

Hans Ferdinand Illy

Kollektiv Rage: *Banlieues. Die Zeit der Forderungen ist vorbei.* Hamburg: Assoziation A 2009, 280 Seiten

Das vorliegende Kompendium versammelt Aufsätze, Interviews und Portraits, mit denen zum Verständnis der Situation in den französischen Vororten und speziell der Revolten, die dort 2005 stattfanden, beigetragen werden soll. Der Umstand, dass sich die Linke „mit einer Bezugnahme auf die Kämpfe in den Vorstädten äußerst schwer getan hat, war u.a. Anlass und Ansporn für das Zustandekommen dieses Buches“ (7). Erfreulich ist, dass mit dessen Publikation das deutschsprachige Publikum über hierzulande nach wie vor wenig bekannte Zusammenhänge informiert wird.

Nach Einleitung und titelgebendem Kurzgespräch mit einem Aktivisten („*Les revendications c'est fini; maintenant c'est la révolte*“ – „Die Zeit der Forderungen ist vorbei; jetzt ist die Zeit der Revolte“, 21) skizziert Ingrid Artus Vorgeschichte, Anlass und Verlauf der Revolte von 2005, die sie in nach Klasse, „Ethnie“ und räumlicher Verortung organisierten gesellschaftlichen Ausschlüssen begründet sieht. Soziale und ökonomische Perspektivlosigkeit,

Rassismus und Ghettoisierung seien kollektive Erfahrungen der VorortbewohnerInnen, die die Wut vieler hervorriefen. In einem Interview erinnert der Soziologe *Laurent Mucchielli*, der den wichtigen, mehrfach aufgelegten Sammelband zur Bewegung von 2005 mitverantwortet, an die vier Ebenen, auf denen in den *Banlieues* Ausgrenzung erlebt wird: Polizei, Schule, Arbeitsmarkt und politische Repräsentation.

Emmanuelle Piriou beschreibt in ihrem langen und lesenswerten Beitrag, wie die Vorstädte seit den frühen 1980er Jahren zum Experimentierfeld von Sicherheits- und Verwaltungspolitiken benutzt wurden, etwa durch die Verschränkung von polizeilichen und sozialarbeiterischen Kontrolltechniken, die Modernisierung der Lokalverwaltung und die Militarisierung der Kontrolle. Sie kommt zu dem Schluss, dass „sozialpolitische und militärisch-polizeiliche Maßnahmen [...] sich in Frankreich seit den 1970er Jahren nur scheinbar unabhängig voneinander entwickelt“ hätten: „heute fließen sie in die neuen Techniken des Regierens städtischer Räume ein“ (102).

Ähnlich wie *Piriou* fasst *Max Henninger* die antirassistischen Mobilisierungen der 1980er Jahre als wichtige Vorgeschichte und Kontrastfolie der Revolten von 2005. Anhand verschiedener Arbeiten stellt er Identitätsbildungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und Arbeitsmarktsituation in den Vororten dar, verweist jedoch zugleich auf die immer noch unzureichende Materiallage und meint, es sei alles andere als ausgemacht, in welche politischen Projekte derzeit die Erfahrungen des Aufstands von 2005 einfließen. Die folgenden Portraits und Impressionen

zeugen von prekären Arbeitsverhältnissen und einem konfliktgeladenem Alltag in den französischen Vorstädten.

Anne Brüggemann und *Piriou* gehen daran anschließend auf die Organisation *Ni Putes Ni Soumises* ein, die Gewalt gegen Frauen in den *Banlieues* zum Thema macht, jedoch Rassismus und Klassenverhältnisse unterschlägt und mit ihrem Republikanismus letztlich eine geschlechtssensible Variante eines Assimilationsdiskurses präsentiert.

Mit einer Analyse von Liedtexten geht das *RuhrgebietsInternationalismusArchiv Dortmund* dem Verhältnis von Rap und Revolte nach. Dabei wird festgehalten, dass der Rap Jugendliche sowohl in emanzipativer Weise politisieren wie auch zum „Ausdruck von Sexismus, Homophobie und Antisemitismus“ (224) werden könne.

Stehen Thorssons Beitrag über *Governance* anhand des Beispiels von Sozialtechnologien in Berlin-Wedding wirkt im Kontext des Buches deplatziert, zumal er keine systematischen Bezüge zur französischen Situation herstellt, diese aber suggeriert. Ob es in den *Banlieues* zu der für den Berliner Fall herausgestellten „Kapitalisierung des Sozialen“ (238), d.h. einer umfassenden „Mobilisierung sozialer Produktivkräfte“ kommt, kann jedenfalls getrost bezweifelt werden.

Gewohnt solide und informativ ist die von *Bernhard Schmid* abschließend zusammengestellte Chronologie der Aufstände in den französischen Vororten seit 1971. Sie zeigt, dass die Muster dieser Revolten stets ähnlich sind – meist steht am Anfang der Tod eines von der Polizei kontrollierten oder festgenommenen Jugendlichen –, dass sich allerdings in den letzten Jahren eine

Brutalisierung abzeichnet: Die Polizei setzt mittlerweile selbst Elektroschockpistolen und Drohnen ein, umgekehrt greifen die Aufständischen immer häufiger zu Schusswaffen.

Verdienstvoll ist das vorliegende Buch, weil es „ethnische“ Interpretationen der Revolten von 2005 durchweg zurückweist und sich stattdessen für die komplizierte Artikulation von Geschlechterverhältnissen, Rassifizierung und Klassenzugehörigkeit interessiert. Diese Verdienste können jedoch nicht über die Defizite des Sammelbandes hinwegtäuschen. *Ersstens* findet sich in mehreren Beiträgen eine pseudoradikale Glorifizierung der „Sprachlosigkeit der Revolte“, die zur „strikte[n] Weigerung, sich am politischen Spiel zu beteiligen“ (47), und zur „Weigerung, einen Forderungskatalog vorzulegen“ (105), verklart wird: „Die Modernität der Aufstände lag darin, den Schwindel repräsentativer Politikformen begriffen zu haben und sie nicht nachzuahmen, kein bloß mythisches Kräfteverhältnis angerufen, sondern ein reelles geschaffen zu haben, dieses Kräfteverhältnis selbst zu sein.“ (178) Auf dem sympathischen Ticket der Verweigerung staatlicher Instrumentalisierung und Integration surfend, zehren solche Positionen nicht nur von einem unterkomplexen Politikbegriff. Sie unternehmen auch keine herrschaftskritische Genealogie der De-Repräsentation der *Banlieues* in der französischen Politik, wie sie etwa Olivier Masclet 2003 geleistet hat. *Zweitens* fehlt in dem Band eine Auseinandersetzung mit Sarkozys Projekt *Grand Paris*, in dem die Vorstädte eine nicht unwichtige Rolle spielen. *Drittens* wird der Gebrauchswert des Buches durch die Abwesenheit einer

Bibliographie von in deutscher Sprache vorliegenden Arbeiten zu den *Banlieues* geschmälert. Zu diesen gehören sowohl die Übersetzung von François Dubets und Didier Lapeyronnies wichtiger Studie von 1994 als auch die von Robert Castels von 2009 zur Diskussion über die Revolte von 2005.

Kolja Lindner

Literatur

- Castels, Robert (2009): *Negative Diskriminierung. Jugendrevolten in den Pariser Banlieues*. Hamburg.
- Dubets, François, & Didier Lapeyronnies (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*. Stuttgart.
- Masclet, Olivier (2003): *La gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*. Paris.
- Mucchielli, Laurent, & Véronique Le Goaziou (Hg.) (2007): *Quand les banlieues brûlent... Retour sur les émeutes de novembre 2005*. Paris.

Andreas Reckwitz: *Subjekt*. Bielefeld: transcript 2008 (= Einsichten), 160 Seiten

Für den Autor ist die Frage nach dem Subjekt in den Kulturwissenschaften die Frage nach „der spezifischen kulturellen Form, welche die Einzelnen in einem bestimmten historischen und sozialen Kontext annehmen, um zu einem vollwertigen, kompetenten, vorbildlichen Wesen zu werden“ (9). Die wichtigsten Autoren, die Subjektanalyse in diesem Sinn betreiben, sieht er trotz einiger Vorläufer wie Weber, Nietzsche, Simmel oder Sombart, die schon im späten 19./frühen 20. Jahrhundert die Überzeugung von der „Allgemeingültigkeit und Selbstverständlichkeit des klassischen bürgerlichen Menschen“ (121) in Frage

stellten, allesamt im Umkreis des Strukturalismus und Poststrukturalismus angesiedelt. Ihnen allen gemeinsam ist, dass sie das Subjekt „dezentrieren“, ihm seinen Ort „als Null- und Fixpunkt des humanwissenschaftlichen Vokabulars“ nehmen und es selbst als „in seiner Form abhängig von gesellschaftlichen Strukturen“ (13) behandeln. Entsprechend referiert und analysiert er ausführlich und in – gemessen an den Originalen – auch für den Nicht-Experten verständlicher Sprache die Hauptwerke von Foucault, Bourdieu, Lacan, Laclau, Butler, der Postkolonialismus-Schule und einiger anderer unter dem Gesichtspunkt der in ihnen entwickelten Subjektkonzeptionen.

Wie sich die Antworten auf die Frage nach dem Subjekt in *Michel Foucaults* Werk auseinander entwickelt haben, analysiert Reckwitz anhand der Leitkonzepte des „Diskurses“, des „Dispositivs“ und der „Gouvernementalität“ (die „Technologien des Selbst“ als viertes Leitkonzept fallen etwas hinten runter). „Diskurse“ sind „Ordnungen des Denkbaren und Sagbaren“, die festlegen, was in einem bestimmten historischen Zusammenhang überhaupt und in welcher Weise Gegenstand von Aussagen werden kann. Sie legen auch „Subjektpositionen“ fest, die sehr unterschiedlich ausfallen können – in den für die Wissenskonzeptionen des 18. Jahrhunderts zentralen „Taxonomien“ kommt dem Menschen, dem Subjekt, in keiner Weise eine privilegierte Position zu, in der Wissensordnung der Moderne wird es zur transzendentalen Voraussetzung wie auch zu einem der zentralen Gegenstände der Erkenntnis. Ebenso legen sie fest, welche Subjektformen Gegenstand eines Ausschlusses werden, nicht als

solche anerkannt werden – der Kranke, der Wahnsinnige, der Perverse z.B. Im Begriff des „Dispositivs“ werden diskursive und nicht-diskursive Praktiken aneinander gekoppelt. Körper-Routinen und materiale Artefakte werden mit einbezogen. Auf das Subjekt bezogen geht es nicht mehr nur um kognitive Differenzmarkierungen, sondern um „bestimmte scheinbar profane Techniken, in denen eine bestimmte Subjektform immer wieder neu hervorgebracht wird – Techniken wie die des Schreibens von Manualen und der Teilnahme an Beichten, der systematischen Registrierung von Populationen, der Fremd- und Selbstbeobachtung körperlicher und psychischer Merkmale etc.“ (24f). Unter dem sich im 19./20. Jahrhundert herausbildenden Regime der „Gouvernementalität“ schließlich werden die Subjekte als sich selbst steuernde Größen anerkannt, die aber dennoch regiert werden müssen – was gefordert ist, ist „eine Steuerung von als sich selbst steuernd angenommenen Entitäten“ (34), die darüber hinaus als in ständiger Machtauseinandersetzung untereinander angesehen werden müssen.

Bei *Pierre Bourdieu* tritt der Subjektzugunsten des Akteursbegriffs zurück. Der Akteur wird in erster Linie als Träger eines „Habitus“ gesehen, welcher als Ensemble von erlernten aber ins Unbewusste abgesunkenen Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsgewohnheiten nach Art einer „generativen Grammatik“ eine quasi-unendliche Vielzahl von Gedanken, Wahrnehmungen und Handlungen hervorzubringen imstande ist – ähnlich, aber elaborierter als die „Subjektpositionen und -formen“ bei Foucault. Zentral für den Habitus ist ferner seine „Inkorporiertheit“ (vgl.

Foucaults „Körper-Routinen“), seine „Rolle als interpretatives Differenzsystem“ (vgl. Foucaults „Diskurse“) sowie seine „Eigenschaft als ‘praktischer Sinn’ und Hintergrund von ‘Strategien’“ (42), mittels derer die verschiedenen Akteure bzw. Akteursgruppen in den unterschiedlichen Feldern, in die sie gestellt sind, ihre „Distinktionskämpfe“ um Positionsverbesserung ausfechten.

Gegenüber Bourdieu und Foucault kommt bei *Jacques Lacan* das Verständnis des Subjekts als einer „Instanz des Begehrens“ neu hinzu. Worauf sich dieses Begehren richtet, wird bestimmt durch die „gesellschaftlichen Ordnungen, die das Subjekt interiorisiert“ (52 f). Entscheidend ist, dass das Subjekt/die Instanz des Begehrens niemals ein einheitliches, sondern stets ein gespaltenes und instabiles ist. Begründet wird diese Überzeugung zum einen mit einer anthropologischen Theorie, welche den Menschen als mit einem konstitutiven „Mangel“ behaftet ansieht (abgeleitet aus dem Geburtstrauma), den es stets zu überwinden trachtet, aber niemals überwinden kann. Begründet wird sie zum anderen aus einer post-strukturalistischen Zeichentheorie, nach der die gesellschaftlich vorgegebenen Zeichen/Symbole – und damit auch die Objekte des Begehrens – nicht aus präexistenten Identitäten, sondern nur aus ihrer Differenz zu anderen Zeichen verstanden werden können, woraus sich eine unendliche „Kette von Signifikanten (‘chaîne de signifiants’)“ ergibt, die sich im Zeitablauf ständig gegeneinander verschieben und „in ihrem ‘Gleiten’ nie an ein Ende kommen“ (58 f).

An die poststrukturalistische Zeichentheorie knüpft auch *Ernesto Laclau* an. Die grundsätzliche Instabilität der

Subjektposition erklärt er daraus, dass sich in ihr verschiedene Unterscheidungssequenzen (z.B. Mann/Frau – oben/unten – schwarz/weiß – Natur/Kultur etc.) kreuzen, woraus stets die Möglichkeit von Akzentverschiebungen folgt. Dies zu unterbinden ist Ziel der „hegemonialen Projekte“ in allen herrschaftlich verfassten Gesellschaften. „Eine kulturelle Hegemonie wird sichtbar, wenn es einem Diskurs gelingt, sich zumindest vorübergehend als universal und alternativenlos zu präsentieren und zu instituieren“ (75). Dies gelingt nur über die Abgrenzung von einem „konstitutiven Außen“, über den Weg der „Verwerfung eines radikal Anderen“ (76) – was jedoch stets die Gefahr in sich birgt, dass das verworfene Andere in seiner Valenz umkippt, selbst zu einer „Quelle von Faszination und Attraktivität“ wird (78).

Das zentrale Interesse von *Judith Butler* richtet sich wie bei Laclau auf die Prozesse der Stabilisierung und Destabilisierung von Subjektpositionen – speziell von Geschlechtsidentitäten. Die Zementierung der Zweigeschlechtlichkeit in der Moderne ist Konsequenz einer „Naturalisierungsstrategie bezüglich der Form des Subjekts“ (83), welche die *kulturelle* Unterscheidung Mann/Frau als *natürlich*, universal und alternativenlos präsentiert. Die eigentliche kulturelle Motivation hierfür findet sich für Butler auf der Ebene des „Begehrens“: „Die Matrix dekretiert Heterosexualität als die einzig legitime erotische Orientierung... Heterosexualität jedoch erfordert, um funktionieren zu können, die eindeutige Unterscheidbarkeit von genau zwei Geschlechtern“ (85). Durchgesetzt wird diese Festlegung aber nicht auf rein diskursiver Ebene, sondern „performativ“,

durch „Äußerungen“, durch „Wiederholung spezifischer körperlicher Akte“ (88), durch welche das Geschlechtssubjekt als Subjekt bestimmter Form erst geschaffen wird. Genau in diesem Wiederholungscharakter sieht Butler auch das Potenzial einer Verschiebung, einer Veränderungsanfälligkeit, einer Destabilisierung der hegemonial festgelegten Subjektpositionen. Die Wiederholungen sind niemals identisch, es gibt immer „Verfählungen, Inkohärenzen, Brüche, Risse“ (90). Zudem überlagern sich die Subjektcodes in unberechenbarer Weise. Aus alledem ergeben sich Möglichkeiten für Gegenstrategien, Strategien der Destabilisierung – Strategien der „Parodie“ z.B., in die Butler ihre größte Hoffnung setzt.

Die *Postkolonialismus-Schule* sucht, anknüpfend u.a. an Laclaus Überlegungen zum „konstitutiven Außen“, vor allem die „Abhängigkeit der Selbstformung westlicher Subjektivität von ihrer Repräsentation eines nicht-westlichen – schwarzen, orientalischen, asiatischen etc. – Anderen herauszuarbeiten“ (96). Von zentralem Interesse sind dabei – insbesondere für Homi Bhabha – die Figur des „Umkippens“ der Valenz des verworfenen Anderen in ein Faszinosum und dessen politische Konsequenzen.

Unter der Überschrift *Kulturtheorien der Materialität* behandelt Reckwitz dann zum einen Theorien der Medientechnologien, welche versuchen, „Subjektivierungsprozesse in den Kontext der historischen Transformation von medialen Technologien... zu stellen“ (112) – von der Mündlichkeit in archaischen Gesellschaften über die Schriftlichkeit, die Audiovisualität und schließlich die Digitalität in den modernen/postmodernen Gesellschaften. Zum

anderen geht es hier um die – v.a. von Bruno Latour vertretene – These, dass „die Artefaktwelt *konstitutiv* ist für das Soziale“ (116), weil nur „Interobjektivität“, nicht „Intersubjektivität“ gesellschaftlichen Gebilden Stabilität verleihen könne.

Im letzten Kapitel *Theorien moderner und postmoderner Subjektivitäten* geht es schließlich um mutmaßliche Veränderungen der Subjektformen in der Epoche der Postmoderne. Im Zentrum steht hier die These von der „Dezentrierung“ bzw. „Fragmentierung“ des Subjekts – am plastischsten illustriert (noch in der Hoch-Zeit der Moderne) von David Riesman. Für diesen ist das klassische bürgerliche Subjekt am besten durch einen Menschen zu symbolisieren, der über einen Kreiselkompass verfügt, welcher ihm stets die Richtung weist und ihn stets in der Spur hält. Diese Figur wird nach Riesman in der jüngsten Zeit ersetzt durch ein fragmentiertes Selbst, das stattdessen mit einem Radarschirm ausgestattet ist, welcher ihm nur noch das Vorbeinavigieren an ständig wechselnden und zufällig auftauchenden Hindernissen erlaubt – in welcher Richtung auch immer. Was – selbstredend in anderer Sprache – Kenneth Bergen und Douglas Keller als „Fragmentierung“ und Fredric Jameson als gleichzeitige „Ästhetisierung“ und „Ökonomisierung“ des Subjekts beschreiben, folgt dem gleichen Muster.

Im Schlussteil entwirft Reckwitz einen „Katalog möglicher forschungsleitender Gesichtspunkte, die helfen können, nach Subjektformen zu suchen“ (135). Dieser umfasst: „Praktiken und Codes“, „Performanz, Wissen, Sinne und Affekte“, „Diskurse (textuell und visuell)“, „Praxis-/Artefaktkonstellationen und

Materialität“, „Differenzen und Identitäten“, „Subjektformen und der Einzelne“, „Soziale Felder und Klassen“, „Homologien und Hegemonien“, „Historische Kulturkonflikte“, „Hybriditäten und Mechanismen der Destabilisierung“ sowie „Diskontinuitäten und Intertextualitäten“. Als Orientierungshilfe zur Anleitung für spezifische Subjektanalysen mag das vielleicht ganz nützlich sein. Aber die Zusammenstellung ist doch gar zu beliebig und disparat. Mag ja sein, dass für eine ausgefeilte theoretische Durchsystematisierung des Feldes (noch?) die Voraussetzungen fehlen. Aber ein bisschen mehr als Rezept- oder

Kochbuchwissen, ein Minimum an logischer Vereinheitlichung, hätte ich mir schon gewünscht.

Von dem unbefriedigenden Schlusskapitel abgesehen ist das Büchlein jedoch nur zu empfehlen. Als Überblick über die wichtigsten strukturalistischen und poststrukturalistischen Arbeiten zur Subjektanalyse liefert es einen ausgezeichneten Einstieg in die Problematik. Für die Lektüre der gar zu viel Respekt einflößenden Originale – die es selbstredend nicht ersetzen kann – ist es der ideale Türöffner.

Gerhard Hauck

Eingegangene Bücher

Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation in the EU – ALTER-EU (Hg.): *Bursting the Brussels Bubble. The Battle to expose Corporate Lobbying at the Heart of the EU*. Brüssel: ALTER-EU 2010, 212 S. ISBN: 9789090253275

Ambacher, Jens Erik, & Romin Khan (Hg.): *Südafrika. Die Grenzen der Befreiung*. Berlin: Assoziation A 2010, 264 S. ISBN: 9783935936606

Becker, Marc: *Indians and Leftists in the Making of Ecuador's Modern Indigenous Movement*. Durham: Duke UP, 2008. 336 S. ISBN: 9780822342793

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen – BEIGEWUM & Attac (Hg.): *Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash*. Hamburg: VSA 2010, 128 S. ISBN: 9783899653731

Cichon, Peter; Reinhart Hosch & F. Peter Kirsch (Hg.): *Der undankbare Kontinent? Afrikanische Antworten auf europäische Bevormundung*. Hamburg: ARGUMENT 2010, ca. 280 S. ISBN: 9783886194742

Clarke, Simon, & Steve Garner: *White Identities. A Critical Sociological Approach*. London: Pluto Press 2009, 240 S. ISBN: 9780745327488

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit – GTZ (Hg.): *Fortalecimiento de Organizaciones Indígenas en América Latina:*

Construyendo Interculturalidad: Pueblos Indígenas, Educación y Políticas de Identidad en América Latina. Eschborn: GTZ 2010 (Bezug: Postfach 5180, 65726 Eschborn), 49 S.

Diana Francis: *From Pacification to Peacebuilding. A Call to Global Transformation*. London: Pluto Press 2010, 208 S. ISBN: 9780745330266

Dinslage, Sabine (Hg.): *Leo Frobenius, Animal Husbands, Magic Horns and Water Spirits. Folktales from Southern Africa*. Köln: Köppe 2009, 3 Bde., 1283 S. ISBN: 9783896452214

Fassin, Didier, & Mariella Pandolfi (Hg.): *Contemporary States of Emergency. The Politics of Military and Humanitarian Interventions*. Cambridge (MA): MIT Press 2010, 406 S. ISBN: 9781935408000

Feldbauer, Peter; Gerald Hödl & Jean-Paul Lehnert (Hg.): *Rhythmen der Globalisierung. Expansion und Kontraktion zwischen dem 13. und 20. Jahrhundert*. Wien: Mandelbaum 2010, 256 S. ISBN: 9783854763260

femina politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 2/2009: *Feministische Postkoloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonisierungsprozesse*. 18. Jg., Opladen: Budrich 2009, 180 S. ISSN: 1433-6359

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Manuela Boatca & Sérgio Costa (Hg.): *Decolonizing European Sociology. Transdisciplinary*

- Approaches*. Farnham: Ashgate 2010, 284 S.
ISBN: 9780754678724
- Lipke, Jürgen: *Ungleiche Arbeitsteilung und Entwicklung im Weltsystem. Quantifizierung von ungleichem Tausch in monetärer und ökologischer Dimension*. Berlin: wvb 2010, 313 S.
ISBN: 9783865735201
- Löw, Christine: *Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion*. Königstein: Ulrike Helmer 2009, 320 S.
ISBN: 9783897412934
- Pisani, André du; Reinhart Kößler & William A. Lindeke (Hg.): *The long aftermath of war – reconciliation and transition in Namibia*. Freiburg i.Br.: Arnold Bergstraesser Institut 2010 (= Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, 37), 437 S.
ISBN: 9783928597555
- Nduka-Agwu, Adibeli, & Antje Lann Hornscheidt (Hg.): *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2010, ca. 440 S.
ISBN: 9783860996430
- Reichert, Ramón: *Das Wissen der Börse. Medien und Praktiken des Finanzmarktes*. Bielefeld: transcript 2010, 242 S.
ISBN: 9783837611403
- Sausmikat, Nora (Hg.): *Global Concerns – Global Cooperation. How European and Chinese NGOs Can Learn from Each Other. A Documentation – June 2009*. Essen: Asienstiftung 2010, 195 S.
ISBN: 9783933341471
- Thien, Hans-Günter: *Die verlorene Klasse. ArbeiterInnen in Deutschland*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2010, 214 S.
ISBN: 9783896917829
- Tugal, Cihan: *Passive Revolution – Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism*. Stanford: Stanford University Press 2009, 320 S.
ISBN: 9780804761444 (Geb.), 9780804761451 (Pb), 9780804771177 (E.Book)
- Werthmann, Katja: *Bitteres Gold. Bergbau, Land und Geld in Westafrika*. Köln: Rüdiger Köppe 2010. 260 S.
ISBN: 9783896458216
- WIDERSPRUCH 56: *Krankheit/Gesundheit*. 29. Jg., 1. Halbjahr 2009, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH – 8031 Zürich), 240 S.
ISSN: 1420-0945
- WIDERSPRUCH 57: *Staat und Krise*. 29. Jg., 2. Halbjahr 2009, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH – 8031 Zürich), 208 S.
ISSN: 1420-0945



DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt der Ausgabe 2/2010:

Geheimgefängnisse, Folter, Staatsterrorismus.

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an: **Rote Hilfe Redaktion**

Postfach 32 55, 37022 Göttingen
redaktion@rote-hilfe.de

*Jetzt auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen*



Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression